



ERNST-REUTER-HEFTE

6

Der Liberale und die Vergangenheit

Theodor Heuss und das deutsche Geschichtsbild

von Tobias Hirschmüller

be.bra
wissenschaft verlag

Der Liberale und die Vergangenheit

ERNST-REUTER-HEFTE

Heft 6

Tobias Hirschmüller

Der Liberale und die Vergangenheit

Theodor Heuss und das
deutsche Geschichtsbild

be.bra
wissenschaft verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos,
in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

© be.bra wissenschaft verlag GmbH
Berlin-Brandenburg, 2015
KulturBrauerei Haus 2
Schönhauser Allee 37, 10435 Berlin
post@bebra-wissenschaft.de
Redaktion der Reihe: Michael C. Bienert
Lektorat: Matthias Zimmermann, Berlin
Bildredaktion: Michael C. Bienert
Gesamtgestaltung: typegerecht, Berlin
Schrift: DTLRomulus 10/13,8pt
Druck und Bindung: Elbe-Druck, Wittenberg
ISBN 978-3-95410-048-4
ISSN 2194-5810

www.bebra-wissenschaft.de

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte

»Jeder Geschichtsdarstellung, die etwas beweisen will, gelingt der Beweis.« So kommentierte Theodor Heuss 1932 in seiner Publikation *Hitlers Weg* den Umgang mit Geschichte durch Alfred Rosenberg in dessen Werk vom *Mythus des zwanzigsten Jahrhunderts* (1930). Heuss fügte noch hinzu: »Nicht der vorhandene Erkenntnisstoff, sondern das sichtende Auge bestimmt ein geschichtliches Bild, und dies mag dann aufschlußreicher werden für den Blickenden und Schreibenden, für ein Temperament und geistiges Wesen, für die zeitliche Umwelt, in der er steht, als für die Vergangenheiten, die er darzustellen versucht oder zu deuten vorgibt.«¹ Für Heuss war somit die Darstellung von Vergangenheit in erster Linie aufschlussreich hinsichtlich der Intentionen des Autors.

Kein anderer in der Bundesrepublik später bedeutender Politiker hat sich mit ähnlicher Intensität öffentlich mit dem Umgang der Deutschen mit ihrer Geschichte auseinandergesetzt wie Theodor Heuss. Die Gelegenheit dazu bot ihm seine berufliche Tätigkeit zunächst als Redakteur diverser Periodika und später auch als Parteipolitiker. Angefangen vom Kaiserreich über die Weimarer Republik, das »Dritte Reich« bis hin zur Bundesrepublik hat sich der Liberale in vier politischen Regierungssystemen mit dem Verhältnis der Bevölkerung zur historischen Erinnerung beschäftigt. Gleichzeitig war es ihm über die Zeitenwenden hinweg stets ein Anliegen, sich mit deutscher Geschichte in publizierten Kommentaren auseinanderzusetzen und sich im öffentlichen Diskurs zu positionieren.

1 Theodor Heuss: *Hitlers Weg*. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus. Eine Schrift aus dem Jahre 1932. Neu herausgegeben und mit einer Einleitung versehen von Eberhard Jäckel, Tübingen 1968, S. 35.

Anlässe von Artikeln und Reden mit historischen Bezügen waren bei Heuss Jubiläen wie runde Geburts- oder Todestage von Persönlichkeiten aus den Bereichen Literatur, Kunst, Politik, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft. Aber auch historische Ereignisse wie Friedensschlüsse, Revolutionen, Kriegsbeginne oder die Reichsgründung von 1871 boten ihm zu Jahrestagen die Gelegenheit zur öffentlichen Erinnerung. Seit seinem Studium verfolgte und kommentierte er die historische Forschung in Deutschland. Deren Wertung teilte er vom Kaiserreich bis zu seiner Bundespräsidentenzeit in Form von Rezensionen öffentlich mit. Dabei bezog er häufig gleichzeitig Stellung zum politischen Umgang mit Vergangenheit.

In den einschlägigen Biografien über Heuss war lange zwar dessen publizistische Tätigkeit ein Gegenstand der Darstellung, der Fokus lag dabei aber entweder auf der beruflichen Funktion als Redakteur, oder es wurden seine Kommentare zum Zeitgeschehen zitiert.² In der Arbeit von Joachim Radkau aus dem Jahr 2013 werden die Vergangenheitsbezüge zwar stärker berücksichtigt, jedoch erfolgt dies weitgehend unstrukturiert. Auch Reiner Bürger konzentrierte sich auf die inhaltlichen Schwerpunkte der journalistischen Tätigkeit des schwäbischen Liberalen, ohne das dabei zugrundeliegende Geschichtsverständnis mit einzubeziehen.³ Eine erste Würdigung Heuss' als politischer Schrift-

2 Siehe z.B. Ernst W. Becker: Theodor Heuss. Bürger im Zeitalter der Extreme (= Mensch – Zeit – Geschichte), Stuttgart 2011; Hans Bott: Theodor Heuss in seiner Zeit (= Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 42), Frankfurt am Main u. a. 1966; Hans-Heinrich Welchert: Theodor Heuss. Ein Lebensbild, Frankfurt am Main u. a. 1959; Ingeborg M. Winter: Theodor Heuss. Ein Porträt, Tübingen 1983.

3 Joachim Radkau: Theodor Heuss, München 2013; Reiner Bürger: Theodor Heuss als Journalist. Beobachter und Interpret von vier Epochen deutscher Geschichte (= Kommunikationsgeschichte, Bd. 7), Münster 1999.

steller legte hingegen Theodor Eschenburg bereits 1960 vor.⁴ Einen Fokus auf das Geschichtsverständnis des Schwaben sowie dessen Umgang mit Geschichte setzte im Vergleich zu anderen Bundespräsidenten Matthias Rensing.⁵ Den Umgang mit dem Neubeginn sowie der Aufarbeitung des Nationalsozialismus durch Heuss behandelten Jürgen C. Hess und Ulrich Baumgärtner.⁶ Hingegen fehlt bislang eine Untersuchung dazu, welche Intentionen der liberale Journalist, Politiker und schließlich Bundespräsident Heuss mit seiner öffentlichen Kommentierung gängiger Erinnerungspraxen sowie seiner eigenen Akzentuierung der Erinnerungskultur verfolgte. Diese Lücke soll mit diesem Beitrag ein Stück weit geschlossen werden.

- 4 Theodor Eschenburg: Theodor Heuss als politischer Schriftsteller. Rede zur Verleihung der Heinrich-Heine-Medaille am 3. Juni 1960), abgedr. in: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* 14 (1960), S. 868–876.
- 5 Matthias Rensing: *Geschichte und Politik in den Reden der deutschen Bundespräsidenten 1949–1984*, Münster u. a. 1996, S. 18–105. – Zur Bedeutung der Geschichte in den Reden der Bundespräsidenten siehe auch Dieter Langewiesche: *Geschichte als politisches Argument. Vergangenheitsbilder als Gegenwartskritik und Zukunftsprognose – die Reden der deutschen Bundespräsidenten*, in: *Saeculum. Jahrbuch für Universalgeschichte* 43 (1992), S. 36–53.
- 6 Jürgen C. Hess: »Erste Wege durch das Ruinenfeld«. Theodor Heuss und der Neubeginn liberaler Rhetorik 1945/46, in: ders./Hartmut Lehmann/Volker Sellin (Hrsg.): *Heidelberg 1945*, Stuttgart 1996, S. 348–386; Ulrich Baumgärtner: *Reden nach Hitler. Theodor Heuss – Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus* (= *Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Bd. 4*), Stuttgart 2001.

Kritik an der Erinnerungskultur im Kaiserreich

Die Erinnerungskultur des Kaiserreiches war geprägt durch das Gedenken an historische Persönlichkeiten aus den Bereichen Politik und Militär und insbesondere an die Ahnenriege der regierenden Fürsten. Dies diente nicht zuletzt dazu, die Legitimität der Monarchie als Staatsform herauszustellen. Es sei die Bestimmung der Hohenzollern gewesen, mit ihrem Staat letztlich Deutschland zu einigen, lautete die weit verbreitete Geschichtsauffassung. Die Errichtung eines deutschen Nationalstaates sollte als die Vollendung der deutschen Geschichte suggeriert werden. Zu einer zentralen Feier entwickelte sich daher unter anderem der Tag der Schlacht von Sedan 1870, der sich immer am 2. September jährte. Hingegen fand die Erinnerung an revolutionäre Ereignisse wie das Hambacher Fest 1832 oder die Revolutionen von 1848 und 1849 im konstitutionellen Staat kaum Berücksichtigung.⁷

Theodor Heuss fokussierte bei seinem Gedenken auf andere historische Leistungsträger. Als Sohn eines evangelischen Regierungsbaumeisters war er 1884 in Brackenheim im Königreich Württemberg geboren worden. Von seinem Vater, so erinnerte sich Heuss nach dem Zweiten Weltkrieg, sei er »in einer ausgesprochen antibismarckischen Gesinnung erzogen« worden.⁸ Hingegen wurde wohl in der Familie

7 Vgl. z. B. Wolfgang Hardtwig: Erinnerung, Wissenschaft, Mythos. Nationale Geschichtsbilder und politische Symbole in der Reichsgründungszeit und im Kaiserreich, in: ders. (Hrsg.): Geschichtskultur und Wissenschaft, München 1990, S. 224–263; Claudia Klemm: *Erinnert – umstritten – gefeiert. Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Gedenkkultur (= Formen der Erinnerung, Bd. 30)*, Göttingen 2007; Fritz Schellack: *Nationalfeiertage in Deutschland von 1871–1945*, Frankfurt am Main 1990.

8 Brief von Theodor Heuss an Eugen Fischer-Baling vom 19. Februar 1947, in: Theodor



Enthüllung des Denkmals für Kaiser Wilhelm I. an der Schlossfreiheit des Berliner Stadtschlusses, 22. März 1897.

die Erinnerung an den Großvater, Ludwig Heuss, stark aufrechterhalten, der an der Revolution 1848 beteiligt gewesen war und den der junge Theodor aber nicht mehr kennengelernt hatte. Heuss hielt Personen wie den Reichsfreiherrn Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein oder die Generäle Neidhardt von Gneisenau und Gerhard von Scharnhorst für »geniale und große Naturen«. ⁹ Positiv hob er an diesen historischen Persönlichkeiten hervor, dass sie ein deutsches Nationalbewusstsein sowie die damit verbundene Bereitschaft zu politischen Reformen und Modernisierungen besessen und nicht partikularistische

Heuss. Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945–1949. Hrsg. u. bearb. von Ernst W. Becker (= Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe, Briefe, Bd. 4), München 2007, S. 253.

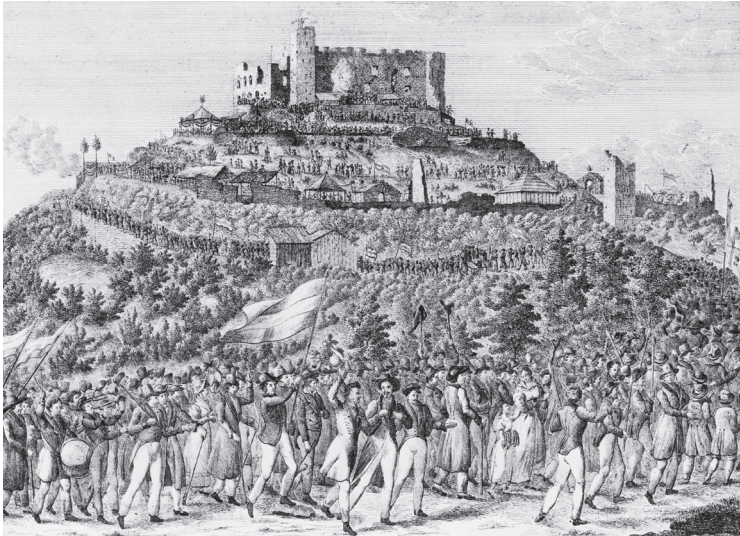
⁹ Theodor Heuss: Schwaben und der deutsche Geist (= Die Teile der deutschen Einheit, Bd. 2), Konstanz 1916, S. 6.

Interessen vertreten hatten. Neben den militärischen und politischen Entscheidungsträgern hatten seiner Ansicht nach auch der Staatsphilosoph Friedrich Hegel, der Jurist Paul Pfizer und der Nationalökonom Friedrich List »auf mannigfaltige Weise die deutsche Staatswerdung« beeinflusst.¹⁰ Dies verdeutlicht, dass er den Staat nicht allein auf einen militärischen Aspekt fokussierte, sondern auch rechtliche Sicherheit und wirtschaftliche Freiheit damit assoziierte. An das Hambacher Fest erinnerte Theodor Heuss zum 80. Jahrestag als »hoffungsreichen Maientag«, und die Gefängnisjahre der Beteiligten sah er als deren »Ruhm« an.¹¹ So trat er zum einen dadurch hervor, dass er 1912 überhaupt an das Fest in der Pfalz erinnerte, und zum anderen, dass er dies mit der Betonung auf den Freiheitsgedanken tat. Wenn auch die Intentionen des historischen Gedenkens von Heuss somit grundsätzlich breiter waren, so veranlasste ihn doch die Dominanz Bismarcks in der öffentlichen Erinnerungskultur, sich während des Kaiserreichs überwiegend mit der Person des Reichsgründers sowie damit verbunden mit der nationalen Einigung der Deutschen zu beschäftigen.

In der Tradition von Friedrich Naumann stellte Heuss zwei immer wiederkehrende innenpolitische Forderungen. Dabei handelte es sich um die Entwicklung des Reichstages zum politischen Machtfaktor sowie um die Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts. Heuss schrieb 1908 dazu in der *Hilfe*: »Der Kampf um ein besseres Wahlrecht in Preußen richtet sich vor allem gegen die öffentliche Stimmabgabe und das auf der Steuerleistung aufgebaute Dreiklassensystem. Das sind die beiden Stücke des Wahlgesetzes, deren ungerechte und

¹⁰ Ebd., S. 32.

¹¹ Ders.: »Das Hambacher Fest. Eine Erinnerung an den 2. Mai 1832«, in: *März. Eine Wochenschrift* 6 (1912), Bd. 2, S. 298–302, hier S. 302; ders.: »Das Hambacher Fest«, in: *Neckar-Zeitung* vom 25. Mai 1912.



Zug auf das
Hambacher
Schloss zur
Volksversamm-
lung am 27. Mai
1832. Radierung,
ohne Datum.

unmoralische Wirkung am deutlichsten sich ausprägt. Sie zu beseitigen ist darum das erste Ziel des politischen Liberalismus und der Demokratie.«¹² Diese Form des Wahlrechts schien Heuss die Meinung und den Willen des Volkes zur Karikatur werden zu lassen. Er kritisierte immer wieder das Nebeneinander der beiden entscheidenden Parlamente, des Deutschen Reichs- und des Preußischen Landtages.¹³ Gleichzeitig betonte Heuss in seiner Kritik regelmäßig die mögliche Dynamik und das Entwicklungspotenzial der Reichsverfassung von 1871. Sein Fokus lag, in Analogie zu Naumann, auf einer Stärkung

12 Ders.: »Die Wahlkreiseinteilung in Preußen«, in: *Die Hilfe* vom 10. Mai 1908.

13 Ders.: *Die Bundesstaaten und das Reich* (= *Der Deutsche Volksstaat. Schriften zur inneren Politik*, Heft 3), Stuttgart 1918.

Kopf des Hamburger Bismarck-Denkmal in der Werkstatt des Bildhauers Hugo Lederer, 1905.



der politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten des Reichstages.¹⁴ Damit waren für ihn zwei notwendige Folgen verbunden, die Abwehr partikularistischer Tendenzen und, wie er vorgab, die Stärkung des Kaisertums.¹⁵ Gleichwohl dürfte sein Anliegen in erster Linie der Ausbau des Parlamentarismus und damit die Demokratisierung gewesen sein.

Mit diesen politischen Forderungen geriet Heuss in Konflikt mit der Erinnerungspraxis an den sogenannten »Reichsschmied« Otto von Bismarck. Schon 1912 thematisierte er erstmals öffentlich den Umgang der Deutschen mit Bismarck. Dabei handelte es sich um eine frühe öffentliche Analyse des Bismarck-Mythos. Anlass war der Ge-

14 Ders.: »Der Reichstag als politischer Machtfaktor. Naumanns Rede zur Verfassungsfrage«, in: *Neckar-Zeitung* vom 12. Dezember 1908.

15 Ders.: *Die Bundesstaaten und das Reich* (wie Anm. 13), S. 55.

burtstag des »Eisernen Kanzlers«, der sich noch im 19. Jahrhundert zu einem fixen Punkt in der Fest- und Erinnerungskultur des Kaiserreiches entwickelt hatte. In der *Neckar-Zeitung* schrieb er hierzu, dass die Memoiren des Reichsgründers den Deutschen zu einem klassischen Werk ihrer Literatur geworden seien. Doch Heuss war sich der selbstdarstellenden Absicht des »Alten im Sachsenwald« bewusst, die er durch Tagebuchaufzeichnungen und Erinnerungen von Personen aus Bismarcks Umfeld noch verstärkt sah.¹⁶ Dementsprechend missbilligte er die permanenten Versuche, die jeweils eigene Auffassung der Bismarck-Verehrer mit einem Zitat aus den *Gedanken und Erinnerungen* zu belegen. Denn jeder könne aus dem »Werk des großen Staatsmannes herausbuchstabieren, was ihm in den Kram paßt«. Dies bezog Heuss sowohl auf die Konservativen und Liberalen als auch auf die Sozialdemokraten und klerikalen Kreise, die jeweils mit eigenen Nuancen zu den Mythisierungen beitrugen. Wenn Heuss die *Gedanken und Erinnerungen* trotzdem als »eines der großen Lehrbücher der Politik« für jeden, unabhängig von der politischen Ausrichtung, wertete, so verstand er dieses »Lehrbuch« nicht als Richtungsweiser für die Zukunft, sondern als Einblick in politische Entscheidungsprozesse der Vergangenheit. Die praktizierte Denkmalkultur um den Reichsgründer empfand er als befremdende Monumentalisierung.¹⁷

Die Figur des als »Heroen« erachteten Reichsgründers stand für Heuss als politisches Argument einer verfassungsrechtlichen Weiterentwicklung im Wege. Insbesondere verwahrte er sich daher gegen die Argumente konservativer Föderalisten sowohl aus Preußen als auch aus Süddeutschland, Bismarck als Zeugen zur Rechtfertigung der

16 Ders.: »Bismarcks Portrait«, in: *Neckar-Zeitung* vom 1. April 1912. Siehe auch ders.: »Zur Geschichte der Reichsgründung«, in: *Neckar-Zeitung* vom 6. Juli 1912.

17 Ders.: »Bismarcks Portrait« (wie Anm. 16).

Stagnation der Verfassung zu nutzen und eine Stärkung der Reichsgewalt zu verhindern. Während des Ersten Weltkriegs offenbarte sich für ihn, wie notwendig eine Zentralisierung der Reichsverfassung war. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Reiches infolge des Rohstoffmangels und insbesondere die Nahrungsmittelknappheit erforderten bereits im ersten Kriegsjahr die Schaffung von zentralen Verteilungsinstitutionen durch die Reichsleitung. Deren Kompetenzen und damit Einflussmöglichkeiten auch auf die Bundesstaaten wurden sukzessive erweitert und somit der föderative Charakter des Reiches nachhaltig beeinflusst.¹⁸ Heuss kommentierte dies in einem Artikel mit dem Titel *Die Stärkung des Reichsgedankens*: »Dieser Krieg ist die erste überragende weltpolitische Leistung des geeinten Reiches. Die innere Einheit der deutschen Stämme war schon in den letzten Jahrzehnten gewachsen durch die ganze Wirtschafts- und Reichsgesetzgebung.«¹⁹

Die politischen Erwartungen von Heuss an die Folgen eines gewonnenen Krieges lagen nicht in einer territorialen Expansion, sondern in einer verfassungsrechtlichen Reform.²⁰ Dies bedeutete für ihn in erster Linie die schon in der Vorkriegszeit geforderte Erweiterung der Kompetenzen des deutschen Reichstages. In der Bismarckschen Reichsverfassung stand für Heuss der Bundesrat für die Interessen der Einzelstaaten und damit den Partikularismus. Der Reichstag hingegen vertrat

18 Ders.: »Die württembergische Politik im Jahre 1916«, in: *Von Schwäbischer Scholle. Kalender für Schwäbische Literatur und Kunst* 1917, S. 91 f.

19 Ders.: »Die Stärkung des Reichsgedankens«, in: *März. Eine Wochenschrift* 9 (1915), Bd. 4, S. 141–143.

20 Ders.: »Zehn Jahre nach dem Krieg 1870/71. Die Politik«, in: *Der Kunstfreund. Zeitschrift der Vereinigung der Kunstfreunde* 3 (1915/16), Nr. 1/2r, S. 1–6; ders.: »Württemberg im Politikjahr 1916/17«, in: *Von Schwäbischer Scholle. Kalender für Schwäbische Literatur und Kunst* 1918, S. 89 f.; ders.: »Die Fortbildung der Verfassung«, in: *März. Eine Wochenschrift* 11 (1917), Bd. 3, S. 497–503.

den zentralistischen Gedanken, sein Machtzuwachs bedeutete somit auch die Stärkung des Reiches im gegenwärtigen Kriege.²¹ So gab er zu bedenken, es gäbe »auch Kriegsziele, die innerhalb der Reichsgrenzen liegen«. Dies meinte für ihn zwar eine Anerkennung der Möglichkeiten und Leistungen des deutschen Föderalismus, der wirtschaftliche Zentralismus der Kriegsjahre als Fortentwicklung der Reichsverfassung konnte seiner Auffassung nach jedoch nicht mehr rückgängig gemacht werden.²² Nicht die Abschaffung des Föderalismus sei sein Anliegen, sondern die durch den Krieg beschleunigten Entwicklungen Beleg dafür, dass die Reibungen zwischen den Bundesstaaten und dem Reich verringert und somit der Reichsgedanke und damit Deutschland als Gesamtstaat gestärkt werden müsse.²³ Die »Majestät des Deutschen« habe nie »auf dem Haupt seiner Fürsten« geruht.²⁴ Der Krieg wurde für Heuss um des Reiches willen geführt und nicht für einzelne Bundesstaaten, Hausmächte oder Dynastien. Er warnte davor, Bismarcks Lösungen von Nikolsburg 1866 als endgültige Abschlüsse zu betrachten. Das Festhalten an Bismarcks föderativer Konstruktion des Reiches von 1871 würde neue Optionen versperren.²⁵ Wenn auch die Reichsgründung von Heuss als eine geniale Leistung in ihrer Zeit gewertet wurde, so dürfe doch das Relative nicht als Absolutes gesetzt werden. Bismarck, einen für ihn so undogmatischen Staatsdenker, als »Kronzeugen für die Unantastbarkeit von Verfassungsbestimmungen«

21 Ders.: »Reichstag und Bundesrat«, in: *Die Hilfe* vom 11. Oktober 1915; ders.: »Staatsrechtliche Randbemerkungen«, in: *Der Friede* vom 3. Mai 1918.

22 Ders.: »Der Wille zum Zentralismus«, in: *Vossische Zeitung* vom 21. Januar 1917, Morgenausgabe.

23 Ders.: »Die Stärkung des Reichsgedankens« (wie Anm. 19).

24 Ders.: Schwaben und der deutsche Geist (wie Anm. 9), S. 24.

25 Ders.: »Der Wille zum Zentralismus« (wie Anm. 22).

anzuführen, lehnte er ab.²⁶ Diese Position versuchte er dann bezeichnender Weise mit historischen Argumenten zu belegen. Hierfür sah er mit der kaiserlichen Osterbotschaft von 1917 die Voraussetzungen gegeben: »Die deutsche Geschichte steht in einem Wendepunkt. Der Staat des zweiten Friedrich war groß, nach innen und außen, und doch kam die Stunde, da er im Drang äußerer Not durch den Freiherrn vom Stein innerlich umgestaltet werden mußte, um seine europäische Stellung zu wahren. Die Schöpfung Bismarcks war groß, aber auch sie unterliegt dem Gesetz des Werdens, das keiner so meisterte wie dieser Mann selber.«²⁷ Die Geschichte war somit ein Sinnbild dafür, dass sich die Welt in einer permanenten Fortentwicklung befand und Krisen auch dadurch entstehen konnten, wenn Modernisierungen nicht berücksichtigt werden.

Theodor Heuss war in seinem historischen Denken weniger von der historistischen Fixierung auf große Persönlichkeiten geprägt. Die Legitimierung politischer Forderungen mit historischen Argumenten war für ihn grundsätzlich ein Anachronismus. Für Heuss konnten aus der Geschichte nur Erkenntnisse über die Vergangenheit gewonnen und keine Zukunftsstrategien entwickelt werden. Auch ließe sich mit ihr nicht begründen, einen einmal erreichten Zustand dauerhaft zu konservieren. Die Geschichte galt ihm somit nicht als Lehrmeister, sondern sie war einer ständigen Entwicklung unterworfen, der Rechnung getragen werden musste. Darüber hinaus versuchte er, ein historisches Gedächtnis neben dem militärischen Fokus auf Rechtsstaatstradition und freie Nationalökonomie zu etablieren.

26 Ders.: Die Bundesstaaten und das Reich (wie Anm. 13), S. 4.

27 Ders.: »Von Bethmann zu Michaelis«, in: *März. Eine Wochenschrift* 11 (1917), Bd. 3, S. 693–696, hier S. 696.

Die neuen Bezugspunkte in der Weimarer Republik

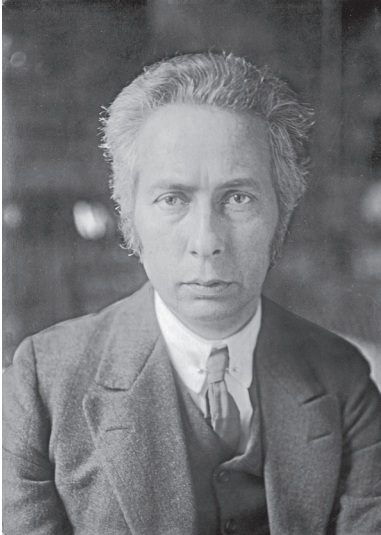
Heuss hatte die Monarchie bis September 1918 als Staatsform nicht infrage gestellt, sondern als Bindeglied und Symbol für die Nation befürwortet. Er vertrat, wieder in Anlehnung an Friedrich Naumann, das Konzept der Vereinbarkeit von Demokratie und Kaisertum.²⁸ Vor dem Hintergrund der im Oktober 1918 sich abzeichnenden Niederlage bekannte Heuss jedoch: »Die Demokratie ist in der Stunde der Not zur Rettung des Vaterlandes zu Hilfe gerufen worden.«²⁹ In der Demokratie sah er die Grundlage zur Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen und damit den Weg zum Friedensschluss mit den Gegnern. Im November bilanzierte Heuss nüchtern: »[...] der Ausgang des Krieges hat den Glauben an die Überlegenheit der monarchischen Staatsform selber schlechtweg erschüttert.«³⁰ Eine Rückkehr zur Monarchie war für ihn schon im Dezember 1918 nur noch theoretisch möglich, in der Praxis schien sie ihm ausgeschlossen.

Welche Chancen Heuss in der neuen politischen Situation erkannte, teilte er in einer seiner wohl bemerkenswertesten öffentlichen Reden unter dem Titel *Deutschlands Zukunft* mit. Bei diesem Auftritt handelte es sich gleichzeitig um den Beginn des Politikers Heuss, denn er kandidierte für die DDP zur Wahl der Weimarer Nationalversammlung und sprach hierfür im Januar 1919 vor Delegierten seiner Partei in Stuttgart. Er konstatierte zunächst: »Wir sind zwischen Gestern und Morgen gestellt.« Das »alte Deutschland«, das Kaiserreich, sah er

28 Vgl. Burger: Theodor Heuss als Journalist (wie Anm. 3), S. 211.

29 Theodor Heuss: »Der Weg zum Frieden«, in: *Deutsche Politik* vom 18. Oktober 1918, S. 1315–1319, hier S. 1318.

30 Ders.: »Der Kaiser«, in: *Deutsche Politik* vom 8. November 1918, S. 1411–1414, hier S. 1412.



Theodor Heuss,
1924.

als fleißige und beharrliche, aber nun eben als abgeschlossene Epoche an. Daher forderte er »Mut zum Neuen«, um zu verhindern, dass die Vergangenheit, anstatt zu bereichern, sich zur »Fessel des Werdenden« entwickle.³¹ Hierzu erinnerte er zunächst an gescheiterte Versuche einer Neuordnung der deutschen staatlichen Verhältnisse, wozu er neben der Revolution von 1848 auch den Wiener Kongress zählte. Doch auch im Kaiserreich, so Heuss weiter, wirkten im öffentlichen Leben Gewalten, die »ihre Autorität aus den Überlieferungen der Geschichte« bezogen und nicht aus dem unmittelbaren Vertrauen des Volkes. Die Folge sei gewesen, dass die »Vergangenheit und die Elemente des Werden-

31 Ders.: Deutschlands Zukunft. Rede vor einer DDP-Versammlung in Stuttgart am 17. Januar 1919, Stuttgart 1919, S. 3 u. 5.

den [einander] bekriegten«, und daher sei nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung ein politisches Umdenken erforderlich.³² Deswegen forderte er: »Die Fürsten sind nicht mehr da und unser Denken muß zurückgehen über Bismarck zum Jahr 1848.« Die Relevanz des Jahres 1871 sollte im deutschen Geschichtsbild durch die bisher für Heuss vernachlässigte Erinnerung an die Revolution von 1848 ersetzt werden. Viel zu gering war ihm bisher die Leistung der Mitglieder der Nationalversammlung in der Paulskirche geschätzt worden. Die Deutschen müssten begreifen, dass es sich um eines der »größten Ereignisse der deutschen Staats- und Seelengeschichte« gehandelt habe. Schließlich sei es der Versuch des deutschen Volkes gewesen, aus eigener Kraft und gegen die Macht der Fürsten die nationalstaatliche Einheit herzustellen. So postulierte er für die kommenden Verfassungsberatungen: »Wenn wir heute staatsrechtlich neu denken sollen, so nehmen wir den Verfassungsentwurf des Jahres 49 aus der Schublade und buchstabieren dort weiter, wo unsere Großväter aufgehört haben.«³³

Heuss ging davon aus, dass Deutschland sich durch die Revolution wirtschaftlich und politisch verändert hatte. Wenn auch niemals ein Einheitsstaat wie Frankreich entstehen könne, dürfe man trotzdem in dieser Umbruchsituation »nicht zu viel Ehrfurcht vor der Geschichte« besitzen. Er forderte daher eine territoriale Neugestaltung in Deutschland jenseits dynastischer Zwänge mit dem Ziel der staatlichen »Vereinfachung und Übersichtlichkeit«. So schlug er zunächst eine Vereinigung der thüringischen Staaten vor, um sich vom »Antiquariat des Duodez-Fürstenbetriebs« des 18. Jahrhunderts freizumachen. Zudem sah er eine Trennung von Bayern und der Pfalz als optional und einen

32 Ebd., S. 4f.

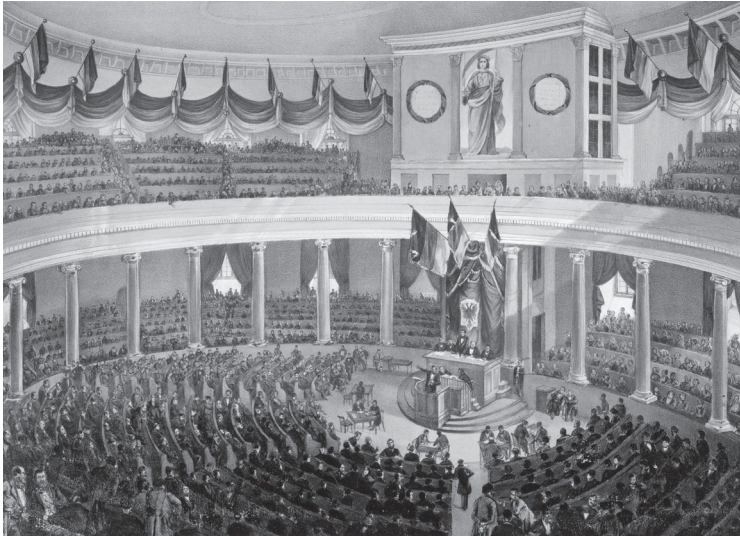
33 Ebd., S. 6.

Zusammenschluss von Württemberg mit Baden als vorteilhaft. Eine schwierige Frage war für ihn Preußens Staatlichkeit. Denn wenn das »künftige Deutschland einigermaßen ein inneres Gleichgewicht besitzen« solle, müsse der einstige Hohenzollernstaat aufgelöst werden. Bezeichnender Weise sah er einen Freistaat Preußen im Verfassungsgefüge wesentlich »drückender« als während der Monarchie, da nun keine gegenseitigen dynastischen Rücksichten mehr genommen werden mussten.³⁴

Die Revolution von 1848 nutzte er schließlich noch im Zusammenhang einer für ihn zentralen außenpolitischen Forderung. Denn in der Paulskirche, so führte er an, saßen auch Abgeordnete von Österreich. Daher postulierte er: »Bismarcks Reich ist tot und Großdeutschland allen zur gemeinsamen Aufgabe gestellt.«³⁵ Somit argumentierte Heuss historisch mit der Intention, ein Gefühl der Volkszugehörigkeit zu wecken. Dies beinhaltete für ihn auch eine Neujustierung der deutschen Geschichtswissenschaft. Da es sich bei einem Prinzen Eugen um eine ebenso »epochale Persönlichkeit« von deutschem und europäischem Rang gehandelt habe wie bei Friedrich dem Großen oder Bismarck, müsse man von der sich im 19. Jahrhundert herausgebildeten preußenzentrierten Partikulargeschichte Abstand nehmen. Stattdessen sei eine gesamtdeutsche Geschichtsbetrachtung anzustreben, als deren Teil auch Österreich begriffen werden sollte. Neben der Revolution von 1848 führte er weitere historische Beispiele dafür an, welche notwendigen Vorteile die Vereinigung mit Österreich bringen würde. So habe der Deutsche Bauernkrieg sich von Franken über Schwaben, Bayern, das Elsass und die österreichischen Erblande erstreckt und bewiesen,

34 Ebd., S. 7f.

35 Ebd., S. 9.



Sitzung der Deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche. Lithografie nach einer Zeichnung von Fritz Bamberger, 1848.

welche Kraft im Volk gegen die staatliche Zerrissenheit wirke. So wie im 17. Jahrhundert durch die osmanische Expansion eingeschlossen, sei auch in der Gegenwart »Wiens neue Befreiung aus der Umklammerung durch sinnlose Fesseln einiger Friedensinstrumente« erforderlich.³⁶

Die historischen Argumente, so sehr Heuss dabei auch von seiner Maxime der Ablehnung derartiger Vergleiche abwich, verdeutlichen die Relevanz von einem Großdeutschland als politisches Ziel des Liberalen. Es hatte auf der Basis des Volkes, also als parlamentarische Demokratie,

36 Ders.: »Die großdeutsche Frage«, in: *Der Kunstwart. Deutscher Dienst am Geiste* 39, H. 2, April 1925 bis September 1926, S. 16–20, bes. S. 20; ders.: »Der große Bauernkrieg. Zur vierhundertjährigen Erinnerung«, in: *Vossische Zeitung* vom 7. April 1925, Morgenausgabe; ders.: »Der Kampf um Wien. Das Reich im Ringen um den Osten. Zum 250. Gedenktag der Türken Schlacht«, in: *Vossische Zeitung* vom 3. September 1933, Morgenausgabe.

außenpolitisch als schützende, aber defensive Macht aufgestellt zu sein. Zusammenfassend stand somit für Heuss nach dem Ende der Monarchie nicht der Zusammenbruch im Zentrum, sondern die Möglichkeit der Weiterentwicklung des deutschen Staatsaufbaus hin zu einer »nationalen Demokratie«. Wenn er die Jahre nach dem Weltkrieg mit der Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg, den Aufbaujahren Friedrichs des Großen nach dem Siebenjährigen Krieg oder der Niederlage Preußens von 1806 verglich und an die nationalen wirtschaftspolitischen Forderungen von Friedrich List erinnerte,³⁷ setzte er im Vergleich zu den Republikgegnern, die ähnliche Parallelen zogen, einen anderen Fokus. Die Erinnerungen an Krisenzeiten der deutschen Geschichte sollten vor Augen führen, dass hierauf auch immer wieder wirtschaftliche Prosperität folge, wenn man nur die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen bereit sei. Die Existenz des neuen republikanischen Staats versuchte er zu untermauern, indem er auf die demokratischen Traditionen in der deutschen Geistesgeschichte verwies. Zu jenen »geschichtlichen Quellen des demokratischen Gedankens« zählte er als ersten Einschnitt den Thesenanschlag von Martin Luther. Dessen Handeln sei als Empörung »gegen die Maßlosigkeit und den unbedingten Anspruch der kirchlichen Herrschergewalt« zu sehen.³⁸ Auch blieben ihm die Reformen des Reichsfreiherrn vom Stein ein häufiges Beispiel,³⁹ die gegen die Fürstengewalt durchgesetzt worden seien und die er in engem Zusammen-

37 Ders.: *Zwischen Gestern und Morgen* (= *Das neue Geschlecht*), Stuttgart 1919, S. 11 u. 107; ders.: *Deutschlands Zukunft* (wie Anm. 31), S. 21 f.

38 Ders.: *Die neue Demokratie* (= *Die neue Welt. Eine Sammlung gemeinverständlicher zeitgemäßer Schriften*), Berlin 1920, S. 7.

39 Ebd., S. 20–23; ders.: »Der Kampf um das Gestern und Heute«, in: *Tübinger Chronik. Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Tübingen* vom 3. April 1926; ders.: »Karl Heinrich Reichsfreiherr vom Stein. Zum hundertsten Todestag«, in: *Darmstädter Zeitung* vom 26. Juni 1931.

hang mit dem von ihm geschätzten Heeresreformer Gneisenau sah.⁴⁰ Auffällig ist, dass er nun auch bei Bismarck demokratische politische Attitüden zu erkennen glaubte. So interpretierte er die Schaffung des Norddeutschen Reichstags als demokratische und die Absetzung der Welfen in Hannover sogar als revolutionäre Politik.⁴¹ Diese Entscheidungen charakterisierten Bismarck für Heuss als »größten Revolutionär des 19. Jahrhunderts in Deutschland«. ⁴² Mehrmals hob der DDP-Politiker hervor, dass die staatliche Einigung Deutschlands und die Außenpolitik Bismarcks nicht auf die Perspektive eines Machtstaatsdenkens reduziert werden dürften. Die diplomatische Einbettung und Absicherung in die europäische Staatenwelt waren für Heuss die unabdingbaren Voraussetzungen für alle außenpolitischen Erfolge Bismarcks.⁴³ Unterschwellig dürfte er sich hier auf die Rolle der deutschen Republik in Europa bezogen haben.

Viele nach 1918 erfolgten Äußerungen dürften in Theodor Heuss schon in der späten Kaiserzeit erwachsen sein, ohne dass er eine Möglichkeit zur Umsetzung sah. Doch er musste bald feststellen, dass sich seine Hoffnungen auf einen eher unbefangenen Umgang der Deutschen mit ihrer Geschichte nicht erfüllten. »Die Vergangenheit ist lebendig geworden«, bilanzierte er 1925 im Hinblick auf die innerdeutsche Entwicklung.⁴⁴ Es wuchs in ihm die Empfindung, dass die

40 Ders.: »Gneisenau. Zum 100. Todestag am 23. August«, in: *Die Sendung Rundfunkwoche* vom 21. August 1931.

41 Ders.: Deutschlands Zukunft (wie Anm. 31), S. 5f. Siehe auch ders.: »Das Führerproblem«, in: *Deutsche Politik* vom 21. November 1919, S. 648–652, bes. S. 651.

42 Zit. nach Jürgen C. Heß: Theodor Heuss vor 1933. Ein Beitrag zu Geschichte des demokratischen Denkens in Deutschland (= Kieler Historische Studien, Bd. 20), Stuttgart 1973, S. 66.

43 Theodor Heuss: »Die großdeutsche Frage« (wie Anm. 36), S. 16.

44 Ders.: Deutschlands innenpolitische Wandlung, in: Karl Federn/Joachim Kühn

Revolution von 1918 doch kein Anfang von etwas Neuem gewesen sei, sondern »vielmehr eine Episode«, und dass das »alte Deutschland« sich »geistig und tätig mitten zwischen uns, nicht in Abwehr, sondern in Kraftentfaltung« befinde. Während »eine typische Ersatzromantik in die Epoche Wilhelms II. getragen« werde, gelinge es der Weimarer Republik nicht, einen Nationalfeiertag auszubilden, obwohl es doch gerade die Aufgabe der Parteien wäre, auf die Bedeutung des Verfassungstages vom 11. August 1919 hinzuweisen.⁴⁵

Schon unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg hatte Theodor Heuss bemerkt, dass die Deutschen im Gegensatz zu Engländern, Franzosen und Russen ein »Volk ohne Legende« mit integrierender Funktion seien.⁴⁶ Diese Problematik verschärfte sich für ihn zur »deutsche[n] Tragik«. Nach fünf Jahren Republik war für Heuss zu erkennen, dass die Deutschen sich noch immer nicht mit den neuen politischen Verhältnissen zurechtfinden. Er konstatierte zunächst, wie wenig die Menschen mit der errungenen Freiheit umgehen könnten: »Es scheint als das Los der Deutschen, dass sie einen Katechismus von Glaubenssätzen brauchen, der ihnen über die brennende Not ihrer Enge hinweghilft.« Bismarck trug für Heuss die Verantwortung dafür, dass die Parteien durch die Einschränkungen im Kaiserreich nicht reif für die ihnen im Zusammenbruch zukommende politische Aufgabe der Übernahme der Staatsgeschäfte waren. Jener weit verbreitete Blick auf die Vergangenheit, der sich an »Führerpersönlichkeiten« orientierte, der Pluralismus als de-

(Hrsg.): Deutschland. Vergangenheit und Gegenwart. Bilder zur deutschen Politik und Kulturgeschichte, Berlin u. a. 1925, S. 85–104, hier S. 85.

45 Ebd., S. 85; ders.: »Der Kampf um das Gestern und Heute« (wie Anm. 39); ders.: »Der deutsche Nationalfeiertag«, in: *Argentinisches Tageblatt* vom 17. Juni 1923; ders.: »Verfassungstag«, in: *Deutsche Republik 1* (1926/27), H. 42, S. 616–618.

46 Vgl. ders.: Zwischen Gestern und Morgen (wie Anm. 37), S. 7–12.

stabilisierend erachtete und der dazu führte, dass nicht nur die Lösung von Problemen mit Methoden der Vergangenheit gefordert, sondern die Legitimität des existierenden deutschen Staates widerlegt werden sollte, blieb für ihn eine stetig zunehmende Bedrohung: »Das deutsche Volk, gezwungen in den Kampf um seine Zukunft, steht gegen seine Vergangenheit. Und dies macht seine Lage so verzweifelt und tragisch. Denn diese Vergangenheit soll zum einen, in dem Augenblick, da der Boden der Gegenwart zerklüftet ist, die geistige Atmosphäre geben, das stolze Traditionsgefühl für die unermesslichen Schöpferkräfte deutschen Wesens; zum anderen zerstört sie, indem sie Gegenwart bleiben will, fast unmerklich die Voraussetzungen einheitlicher Erneuerung.«⁴⁷

Heuss war sich darüber im Klaren, dass das Volksbewusstsein eine »gemeinsame geschichtliche Legende von gemeinsamen historischen Helden brauche«.⁴⁸ Er bedauerte, dass Personen wie Friedrich der Große, Luther, Freiherr vom Stein und Bismarck diesem Anspruch nicht für alle genügten. Wohl auch deshalb versuchte er immer wieder vergebens, die Revolution des Jahres 1848 stärker ins kollektive Gedächtnis der Deutschen zu rücken, da es sich für ihn hier um eine Bewegung des gesamten Volkes und nicht nur einzelner Personen oder Schichten handelte.⁴⁹ Doch wenn auch manche Reichsregierung versuchte, die Verfassungs- und Parlamentsgeschichte der Revolution als Referenzen für die Republik herauszustellen, konnte jenes historische Ereignis in den politischen und gesellschaftlichen Kontroversen der Weimarer Republik nur eine redundante Relevanz erlangen.⁵⁰

47 Ders.: »Die deutsche Tragik«, in: *Argentinisches Tageblatt* vom 1. Januar 1924.

48 Ebd.

49 Vgl. ders.: *Deutschlands Zukunft* (wie Anm. 31), S. 6.

50 Vgl. Daniel Bussenius: *Eine ungeliebte Tradition. Die Weimarer Linke und die 48er Revolution 1918–1925*, in: Heinrich A. Winkler (Hrsg.): *Zur Geschichte der Ge-*

Aufzug der
Militärkapelle
anlässlich der
Verfassungsfeier
vor dem Reichs-
tagsgebäude in
Berlin, 1925.



Die Hoffnung auf eine geschichtspolitische Entspannung trat nicht ein. Die Instrumentalisierung von Geschichte blieb eine dauernde Last für die junge Demokratie. Deren Existenz und Entwicklungspotenzial versuchte der schwäbische Liberale durch Verweise auf die Geistesgeschichte und großdeutsche Optionen zu legitimieren. Zudem hoffte Heuss, durch eine »Lockerung des Geschichtsbildes« die internationalen Beziehungen, insbesondere zu Frankreich, von historischem Ballast etwas zu befreien.⁵¹

sichtspolitik in Deutschland, Göttingen 2004, S. 90–114; Dieter Rebentisch: Friedrich Ebert und die Paulskirche. Die Weimarer Demokratie und die 75-Jahrfeier der 1848er Revolution, Heidelberg 1998.

51 Theodor Heuss: »Lockerung des Geschichtsbildes«, in: *8 Uhr-Abend* vom 2. Oktober 1931.

Die Auseinandersetzung mit der national-sozialistischen Geschichtspolitik

Die Nationalsozialisten instrumentalisieren wie die übrige extreme Rechte »Geschichte gegen Demokratie«, um die Legitimität der Republik zu widerlegen und sie als fremdartig zu diskreditieren.⁵² In ihrem Geschichtsbild waren nicht Parlamente oder die Masse des Volkes die prägenden Entscheidungsträger historischer Prozesse, sondern zu Führerfiguren charakterisierte Persönlichkeiten. »Große Männer machen Große Zeiten«, notierte hierzu Joseph Goebbels in sein Tagebuch.⁵³ Zu solchen zentralen determinierenden Persönlichkeiten zählten außer weltgeschichtlichen Potentaten wie Alexander der Große, Caesar, Cromwell oder Napoleon aus der deutschen Vergangenheit insbesondere Friedrich der Große und Otto von Bismarck. Neben der Negierung der demokratischen Staatsform dienten Hitler Bezüge auf den Preußenkönig und den Reichsgründer zur Betonung der Bedeutung von militärischer Stärke bei der Durchsetzung außenpolitischer Ziele. Er erklärte die Politik Friedrichs als vorbildlich für eine angeblich notwendige Abwehr des Judentums.⁵⁴ Außerdem zog er die beiden Preu-

52 Vgl. Tobias Hirschmüller: »Wegbereiter und Mahner zur Einheit Deutschlands«? Der »Eiserne Kanzler« und die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik, in: Markus Raasch (Hrsg.): Die Deutsche Gesellschaft und der konservative Heroe. Der Bismarckmythos im Wandel der Zeit, Aachen 2010, S. 221–257, bes. S. 189–216.

53 Tagebucheintrag von Joseph Goebbels vom 19. Juli 1924, abgedr. in: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 1/I: Oktober 1923–November 1925. Hrsg. von Elke Fröhlich, München 2004, S. 173.

54 Vgl. die Rede von Adolf Hitler auf der NSDAP-Versammlung in München am 23. Februar 1922, abgedr. in: Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924. Hrsg. von Eberhard Jäckel u. Axel Kuhn, Stuttgart 1980, S. 583; »Das Ende des Völkerbunds-Schwindels«. Rede von Adolf Hitler auf der NSDAP-Versammlung in München am 21. September 1928, abgedr. in: Hitler. Reden, Schriften, Anord-

ßen als vermeintliche Belege für die Relevanz einer Weltanschauung heran: Bismarck habe eine solche gefehlt, um den Marxismus effektiv und nachhaltig bekämpfen zu können. Demgegenüber sei Friedrich der Große überlegen gewesen, da er mit der Maxime, »Diener des Staates« zu sein, eine Ideologie besessen und somit den »preußischen Staatsgedanken« geformt habe.⁵⁵ Im Unterschied zu vielen deutschnationalen oder rechtskonservativen Parteien und Gruppierungen fehlte Hitlers Bezügen auf den Reichsgründer aber jede Absicht einer Restauration des Kaiserreiches. Somit war – unter einem anderen Gesichtspunkt – auch für den Nationalsozialismus der 1871 entstandene deutsche Nationalstaat nur ein Etappenschritt.

Theodor Heuss beschäftigte sich seit den frühen 1920er-Jahren mit den faschistischen Bewegungen in Europa. Der Aufstieg der NSDAP infolge der Weltwirtschaftskrise veranlasste ihn zu einer verstärkten Auseinandersetzung. Das Gesamtpotenzial der Gefahr des Nationalsozialismus erfasste er zwar nicht, doch erkannte er bei Hitler die »primitive Gleichsetzung seines Machtriebes und seiner Romantik

nungen, Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. III/1: Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928 – September 1930. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, München u. a. 1994, S. 10. – Rede von Adolf Hitler auf der Generalmitgliederversammlung der NSDAP in München am 30. Juli 1925, abgedr. in: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. II/1: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl Juli 1926 – Mai 1928. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, München u. a. 1992, S. 431.

- 55 »Sinn und Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung.« Rede von Adolf Hitler auf der SA-Versammlung in München am 6. Juli 1928, abgedr. in: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. III/1 (wie Anm. 52), S. 4; Adolf Hitler: Mein Kampf. Zwei Bände in einem. Ungekürzte Ausgabe, München 1935, S. 189. – Hitler vor dem Volksgericht München I am 24. Verhandlungstag am 27. März 1924, abgedr. in: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Februar 1925 bis Januar 1933, Erg.-Bd.: Der Hitler-Prozess 1924. Wortlaut der Hauptverhandlung vor dem Volksgericht München I, Teil 4. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, München u. a. 1999, S. 1578.

mit den Bedürfnissen der Nation«. Er kritisierte dessen vereinfachtes Geschichtsbild und warnte davor, Hitler »an der Spitze seines Reiches sich ausleben« zu lassen.⁵⁶ Auch war es Heuss wegen der Ähnlichkeit des Organisationsnamens ein Anliegen, die Unterschiede zwischen dem 1896 von Naumann begründeten Nationalsozialen Verein und den Nationalsozialisten herauszustellen. Naumann sei es um die »Sicherung des individuellen Lebensraumes« und wirtschaftliche Prosperität zum Wohle des Volkes gegangen. Zudem habe er im Unterschied zu Hitler eine Rassenkunde im Bereich der Politik abgelehnt.⁵⁷

Die Ergebnisse seiner Recherchen über den Nationalsozialismus fasste Heuss in seinem Buch *Hitlers Weg* zusammen. Er stellt darin unter anderem Hitler und Bismarck als Kontrast gegenüber. Der Österreicher Hitler habe die Probleme des Bismarckreiches von seiner Heimat aus nicht wahrgenommen. Heuss verwahrte sich daher gegen die Vereinnahmungen der preußischen Geschichte und die Gleichsetzung von Preußentum und Sozialismus durch den Parteiredner Hitler. Auch lehnte er die nationalsozialistischen Rassenvorstellungen strikt ab. Dabei behielt Heuss sein methodisches Vorgehen bei, historische Legitimationsansprüche mit historischen Gegenargumenten zu bekämpfen. Denn auf der »Suche nach dem nordischen Menschen« müsse auch ein »Umweg um viele Gipfel des deutschen Lebens« wie Luther, Beethoven, Schubert, List, Schopenhauer, Nietzsche oder Menzel vollzogen werden und bekanntlich »gehören auch Goethe und der Rundkopf Bismarck zu den nordischen Fragwürdigkeiten«. ⁵⁸ Während Bismarck

56 Theodor Heuss: »Der Kampf um Hindenburg«, in: *Stuttgarter Neues Tagblatt* vom 8. März 1932.

57 Ders.: »Von den Nationalsozialen zu den Nationalsozialisten«, in: *Der Staat seid ihr. Zeitschrift für deutsche Politik* vom 2. März 1931.

58 Heuss: *Hitlers Weg* (wie Anm. 1), S. 17, 29 u. 37.

auf die europäische Friedenssicherung hingearbeitet habe, ziele Hitler auf einen neuen Krieg ab. Heuss schloss aus der Ablehnung der Bismarckschen Habsburg- und Russlandpolitik durch Hitler, dass dieser »die Ausdehnung des deutschen Macht- und Siedlungsraumes nach Osten« anstrebe.⁵⁹ Trotz Hitlers Ablehnung einer Restauration des Kaiserreiches und der Erkenntnis über die nationalsozialistischen Expansionsabsichten erklärte der Liberale in einer Reichstagsrede im Mai 1932: »Die Ausstattung des Dritten Reiches wird aus einem Großausverkauf von neulackierten und aufgeputzten Ladenhütern der wilhelminischen Epoche bezogen sein [...] und davon meine Herren, haben wir, denke ich, genug gehabt.«⁶⁰ Die Gleichsetzung des Nationalsozialismus mit dem Kaiserreich zeigt die Verkenning des aggressiven Gewaltpotenzials von Hitler.

Nach der Regierungsbeteiligung der NSDAP im Januar 1933 wurde Theodor Heuss indes bald der große »Umbruch« bewusst, der sich in der Folgezeit in Deutschland vollzog. Den Umfang der Veränderungen konnte er aus seiner Perspektive zunächst aber nicht verorten. Er kommentierte im Februar 1933, dass selbst die Historiker später einmal Schwierigkeiten haben würden, die ersten Monate der Regierung Hitler zu erforschen. Dass sich »das alte und das junge Deutschland in dem Marschall und dem Gefreiten des großen Krieges gefunden haben«, hielt er jedoch nur für »wirkungsvolle Plakatierung«. Er hoffte, die Konservativen würden erkennen, was ihnen als »preußischer Stil« suggeriert werde. In der *Hilfe* bilanzierte er: »Die deutsche Lage ist ungeheuer ernst geworden.«⁶¹ Trotz seiner ablehnenden Haltung dem

59 Ebd., S. 95 u. 103.

60 Rede von Theodor Heuss am 11. Mai 1932, in: Verhandlungen des Reichstages. V. Wahlperiode 1930–1932, Bd. 446, Berlin 1932, S. 2593.

61 Theodor Heuss: »Umbruch«, in: *Die Hilfe* vom 18. Februar 1933.



Aufmarsch der Reichswehr am »Tag von Potsdam«, 21. März 1933.

Nationalsozialismus gegenüber stimmte er am 23. März 1933 dem »Ermächtigungsgesetz« der Nationalsozialisten zu. Diese ihm widerstrebende Entscheidung war das Ergebnis einer Diskussion der fünf Fraktionsmitglieder der Deutschen Staatspartei: Heuss und sein Parteifreund Hermann Dietrich hatten bei der Abstimmung innerhalb der Fraktion gegen das Gesetz gestimmt. Da die drei anderen Abgeordneten aber dafür votierten, beugten sie sich der Fraktionsdisziplin.⁶² Im Nachlass von Theodor Heuss ist der Entwurf einer Rede für die entscheidende Reichstags Sitzung überliefert, mit der er seine Ablehnung des Gesetzes begründen wollte. Hierin äußerte er entscheidende Vorbehalte, bei der Norm der Gesetzgebung die Verfassung zu verlassen. Er legte eine historische Argumentation zugrunde, indem er darauf verwies, die Unabhängigkeit der Gerichte, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung sowie die Entfaltung des künstlerischen und wissenschaftlichen Lebens seien keine Errungenschaften der Weimarer Republik, sondern Elemente des staatlichen Lebens, die für Bismarcks Verfassung wie zuvor für den preußischen Staat seit dem Freiherrn vom Stein selbstverständlich gewesen seien. Alle diese Werte seien nicht 1919 geschaffen, sondern als Pfeiler des Rechtsstaates beim Übergang vom Kaiserreich zur Republik gerettet worden. Die Rede wurde von Heuss wegen seiner Zustimmung für das Gesetz nur verkürzt und ohne den historischen Kontext gehalten.⁶³

Sein Mandat im Reichstag verlor er wie viele andere im Juli 1933. Er gab noch drei Jahre lang *Die Hilfe* heraus, erhielt 1936 ein Publika-

62 Vgl. Modris Eksteins: Theodor Heuss und die Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Liberalismus (= Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik, Bd. 3), Stuttgart 1969, bes. S. 112–115.

63 Vgl. Entwurf einer Erklärung von Theodor Heuss für die Reichstags Sitzung am 23. März 1933, zit. in: ebd., S. 113 f.

tionsverbot und verlor sein Lehramt. Im Jahr 1941 wurde Heuss fester Mitarbeiter der liberalen *Frankfurter Zeitung*. Ein Jahr später schon verbot man den deutschen Zeitungen, Texte von ihm abzudrucken. Er schrieb weiter unter dem Pseudonym »Thomas Brackheim« und lebte mit seiner Familie ab 1943 in Heidelberg.

Entgegen der häufig in der Forschung vertretenen These, dass die historischen Bezüge im Nationalsozialismus nach der Festigung des Regimes kaum mehr angewandt wurden, nahm die Instrumentalisierung von Geschichte in der Mitte der 1930er Jahre noch zu. Eine kontinuierliche nationalsozialistische Erinnerungskultur an Friedrich den Großen wurde erst nach 1933 etabliert. Diese gestiegene Präsenz von historischen Persönlichkeiten nutzte Theodor Heuss nun, um zunächst noch relativ offen und später infolge der Zensur durch Camouflage das nationalsozialistische Gesichtsbild vorzuführen. Heuss schrieb am 18. Januar 1934, dem ersten Reichsgründungstag unter dem neuen Regime, Bismarck sei »nur sehr bedingt ein Liebhaber der volkstümlichen Legenden« gewesen. Das Jahr 1871 sei als »Lehre, nicht als Lehrbuch« zu verstehen, daher könne man sich bei Bismarck nichts »abgucken«. ⁶⁴ Noch deutlicher formulierte er seine Aversion gegenüber der allgemeinen nationalsozialistischen Geschichtsauffassung in *Kampf um das deutsche Geschichtsbild* im Juni 1934. Er erklärte hier zunächst, dass jede Geschichtsdarstellung über Vergangenheit informiere, aber genauso etwas über den Standpunkt des Autors sowie damit über die »Empfindungen der Zeit« aussage. Dies sei ein genuiner Aspekt der Geschichtswissenschaft. Das Originäre der Gegenwart sei jedoch, dass die deutsche Geschichte »mit stärkerer Energie auf das Jahr 1933« ausgerichtet werde und dadurch aus der Perspektive

64 Theodor Heuss: »Das Reich. Zum 18. Januar«, in: *Vossische Zeitung* vom 18. Januar 1934.

des »Dritten Reiches« mit seiner »Gefühlsgeladenheit und seinem konkreten Aufgabenkreis heraus Urteile in die Vergangenheit« sende. »Vorstellungen, Begriffe, auch Empfindungen« der Gegenwart würden somit zum »Maßstab von Vergangenheit benutzt«, was für ihn die Frage aufwarf, welche »Verbiegung von Tatsachen« die Folge sei. Es liege der politische Anspruch vor, »wissenschaftliche Auffassungen« durch ein »aktuelles Gesetz« vorzuschreiben.⁶⁵ Somit warf er dem Regime offen vor, die deutsche Geschichte so zu interpretieren, als habe alles auf die Errichtung von Hitlers Herrschaft hinauslaufen müssen.

Das sogenannte Friedrich-Jahr 1936 aus Anlass des 150. Todestages des Preußenkönigs wurde im »Dritten Reich« begleitet von zahlreichen Festveranstaltungen, bei denen sich die Nationalsozialisten in Bereichen wie Militär, Kultur oder Recht als Fortführer einer friderizianischen Tradition inszenierten. Dem stellte Theodor Heuss in der *Hilfe* entgegen, der König habe den preußischen Staat zwar zur Großmachtstellung geführt, die These vom Wegbereiter der kleindeutschen Einigung verwies er aber ins Reich der Legenden. Er griff die Worte von Heinrich von Srbik auf, der »rebellische Reichsfürst« habe gar kein »deutsches Kulturbewußtsein« besessen. Als größte Leistung Friedrichs nach den Schlesischen Kriegen bilanzierte Heuss: »Der Dämon des leidenschaftlichen Herrschertums siegt und überwältigt den Ideologen.«⁶⁶ Zudem stellte er fünf Jahre später Friedrich den Kaiser Joseph II. als Kontrast gegenüber. Letzterer habe scheitern müssen, da er einen »totalen Staat« angestrebt habe.⁶⁷ Somit skizzierte er einen

65 Ders.: »Der Kampf um das deutsche Geschichtsbild«, in: *Die Hilfe* vom 16. Juni 1934.

66 Ders.: »Friedrich II.«, in: *Die Hilfe* vom 15. August 1936.

67 Ders.: »Joseph II. Zum 200. Geburtstag«, in: *Frankfurter Zeitung* vom 9. März 1941.

Kontrast zum Nationalsozialismus und dessen Geschichtsbild, in dem Friedrich als Vorläufer der »Bewegung« und Ideologe gedeutet wurde. Als Erbe der außenpolitischen Orientierung erklärte Heuss dafür das Zitat von Clausewitz, dass der Krieg die »bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei«, der nie wie bei Ludendorff zum Selbstzweck werden dürfe.⁶⁸

Heuss war weiterhin der Meinung, dass der Weg von einer preußischen hin zu einer gesamtdeutschen historischen Forschung eingeschlagen werden sollte, wofür ihm Prinz Eugen von Savoyen erneut ein Beispiel war.⁶⁹ So fand die Arbeit von Heinrich von Srbik *Deutsche Einheit* 1943 aus divergenten Gründen Zustimmung sowohl bei den Nationalsozialisten als auch bei Heuss. Zu diesem Zeitpunkt rechnete der Liberale noch mit einer längeren Kriegsdauer und einem offenen Ausgang. Er hob bei Srbik positiv hervor, dass dieser darauf verzichtet habe, der »raumpolitischen und ethnischen Sonderlage« des Nationalstaates von 1871 zu aktualisieren. Auch habe sich der Wiener Historiker nicht dazu hinreißen lassen, »die Fragen jener Zeit, die eben an diese Monarchen und jene Staatsmänner gebunden waren, mit Antworten aus unserer Gegenwart zu bedrängen«.⁷⁰

68 Ders.: »Carl von Clausewitz«, in: *Frankfurter Zeitung* vom 4. Januar 1942.

69 Ders.: »Der Soldat des Reiches. Zum 200. Todestag des Prinzen Eugen von Savoyen«, in: *Berliner Tageblatt* vom 23. April 1936.

70 Ders.: »Von Villafranca bis Königgrätz. Zu Heinrich von Sribiks »gesamtdeutscher« Geschichtsbetrachtung«, in: *Deutsche Bergwerkszeitung* vom 5. Dezember 1943.

Geschichte nicht als Angeklagte, sondern als gemeinsames Erbe und Mahnung

Theodor Heuss verbrachte die letzten Jahre des Zweiten Weltkriegs in Heidelberg. Im September 1945 trat er auf Vorschlag der amerikanischen Militärregierung zunächst als Kultminister (Kultusminister) in die von Reinhold Maier (DVP) geführte erste Landesregierung von Württemberg-Baden ein. In dieser Funktion hielt er bereits einen Monat später eine Rundfunkansprache mit dem Titel *Erziehung zur Demokratie*, in der er äußerte: »Das ist die sonderlich tragische Situation, wenn man in Deutschland von der Erziehung zur Demokratie redet. Die bleibt eine immerwährende Auseinandersetzung mit der Geschichte und mit dem Geschichtsbild, das den Deutschen überkommen, und dessen Formung eine immer neue Aufgabe ist.«⁷¹ Damit war sich Heuss bewusst, dass eine Errichtung eines stabilen demokratischen Systems in Deutschland nur dann gelingen konnte, wenn im Gegensatz zur Zeit der Weimarer Republik ein anderes Geschichtsbild in der deutschen Gesellschaft etabliert werden konnte. Preußische Macht und Tradition sowie Habsburgs »Sendung« in Europa waren für ihn endgültig vorbei. Es müsse sich ein neues Nationalgefühl ausbilden, das Deutschland besser in die Welt integrierte.⁷² Jede Generation kam für Heuss in den Zwang, das Geschichtsbild zu überdenken, und dies bezog er in Deutschland insbesondere auf die Person von Bismarck. Dafür war für ihn zunächst eine Neujustierung des Verhältnisses von

71 »Erziehung zur Demokratie«. Rundfunkansprache von Kultminister Theodor Heuss am 3. Oktober 1945, abgedr. in: Reinhold Maier/Theodor Heuss: Schicksal und Aufgaben, Stuttgart 1945, S. 19–21, hier S. 19.

72 Theodor Heuss: Die deutsche Nationalidee im Wandel der Geschichte, Stuttgart 1946, S. 39f.

Politik und Wissenschaft erforderlich. Man müsse dafür sorgen, dass die Vergangenheit »nicht immer nur in neuen, eben politisch modischen Farben geschrieben und gemalt wird.«⁷³ Als Zielsetzung formulierte er, in Abgrenzung zur nationalsozialistischen Geschichtspolitik, ohne Zweckgebundenheit »Forschung und Darstellung wieder unter das Gesetz wissenschaftlichen Gewissens [zu] führen«. Dies war für ihn die Voraussetzung, um wieder ein »glaubwürdiges Erziehertum in allen Schulgattungen« zu erhalten.⁷⁴

Auch als Bundespräsident distanzierte er sich immer wieder vom vereinfachten nationalsozialistischen Geschichtsbild: »Wir wissen nur zu gut, welche Verarmung die angeordneten Zensuren über das Gewesene bedeutet haben, die wir im Nationalsozialismus erlebten.«⁷⁵ Ein wiederbewaffnetes Deutschland konnte für ihn ebenfalls nicht an die vergangene Machtstaatstradition anknüpfen: »Die deutschen Traditionen in zwei Kriegen, die verloren gingen und verloren gehen mußten, durch militärische und politische Fehler und Fehlschätzungen der Führungen, die deutsche Tradition ist denaturiert, aufgezehrt und vor ein neues Denken, Überdenken gestellt.«⁷⁶ Heuss unterschied sich jedoch von zahlreichen Vertretern aus Politik und Gesellschaft, die

73 Ebd., S. 23.

74 »Bildung und Freiheit«. Rede von Theodor Heuss auf dem demokratischen Dreikönigstag am 6. Januar 1946, abgedr. in: Theodor Heuss. Aufzeichnungen 1945–1947. Hrsg. von Eberhard Pikart, Stuttgart 1967, 168.

75 »Gemeinsames Maß, gemeinsame Verpflichtung. Die Unesco und das deutsche Volk«. Rede von Theodor Heuss im Plenarsaal des Deutschen Bundestages anlässlich einer der Unesco gewidmeten Feier am 15. Januar 1952, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 17. Januar 1952.

76 »Stilfragen der Demokratie«. Rede von Theodor Heuss in der Evangelischen Akademie in Loccum vom 22. Juni 1955, in: Theodor Heuss. Lieber Dehler! Briefwechsel mit Thomas Dehler. Hrsg. von Henning Friedrich, München u. a. 1983, S. 127.

Oberstleutnant John B. Stanley (Mitte) erteilt der *Rhein-Neckar-Zeitung* die Lizenz, 5. September 1945. Links die Herausgeber Theodor Heuss, Rudolf Agricola und Hermann Knorr.



nun eine Anklage gegen die deutsche Geschichte führten, nach der es von Luther über Friedrich den Großen bis Bismarck Vorläufer Hitlers gegeben habe und alles auf eine Katastrophe habe hinauslaufen müssen. Bismarck sei trotz problematischer politischer Entscheidungen der »Baumeister der deutschen Staatlichkeit« gewesen, so Heuss.⁷⁷ Wieder war der Bezug eine Reaktion auf einen von ihm als polemisch empfundenen Umgang mit der Vergangenheit. So kommentierte er zu Bismarcks 50. Todestag 1948: »Darf man heute an Bismarcks Ausgang erinnern? Man muß es, will man nicht in den Fängen jener Aengste bleiben, die von dem Bedarf der Tagesmeinungen leben. Daß Hitlers Wahnsinn und Unmaß Bismarcks Werk schauerlich verspielt hat, sagt

⁷⁷ »Bildung und Freiheit« (wie Anm. 74), S. 168.

nicht das Geringste gegen den Rang seines in den Zeitbedingtheiten ruhenden, aber überzeitlich fruchtbaren Werkes.«⁷⁸ Heuss sprach sich daher 1947 in einem Brief an den Innenminister von Württemberg-Baden, Fritz Ulrich (SPD), auch gegen die Umbenennung von Straßen aus, die nach Bismarck, Moltke, Blücher, Radetzky, Scharnhorst, Gneisenau, York oder Ziethen benannt waren. Er wertete ein derartiges Vorhaben als Mangel an Geschichtsgefühl.⁷⁹ Zudem fürchtete er durch diese Maßnahmen Gegenreaktionen, die vermieden werden könnten. Dies »Abschütteln« von Vergangenheit barg für ihn eine »geistige Gefahr«. Man dürfe es sich nicht wieder zu einfach mit der Vergangenheit machen. Diese müsse immer in ihrer Zeit und in einem internationalen Kontext begriffen werden.

Um den erhofften Wandel in der Erinnerungskultur zu erzielen, versuchte Heuss wie schon seit dem Kaiserreich eine neue Akzentuierung des historischen Gedächtnisses zu etablieren. Dies bedeutete für ihn ein weiteres Mal, einen Fokus auf die deutsche Kultur-, Geistes- und damit Demokratiegeschichte zu legen. Symbolisch für dieses Anliegen steht die Rede nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten am 12. September 1949. Darin erinnerte er an den 200. Geburtstag Johann Wolfgang von Goethes am Tag seiner Präsidentenwahl und daran, dass diese in der Geburtsstadt Ludwig van Beethovens stattfand. Diese »Helden« der deutschen Geistesgeschichte versuchte er somit in seinen sehr weit gefassten Entwurf einer demokratischen Tradition einzureihen.⁸⁰

78 Theodor Heuss: »Das Bismarck-Bild. Zum 50. Todestag am 30. Juli«, in: *Rhein-Neckar-Zeitung* vom 29. Juli 1948.

79 Brief von Theodor Heuss an Fritz Ulrich vom 4. Februar 1947, abgedr. in: Theodor Heuss. *Erzieher zur Demokratie* (wie Anm. 8), S. 248 u. 250.

80 Ansprache des Bundespräsidenten Theodor Heuss am 12. September 1949, in:

Wie schon 1919 war für Heuss eines der entscheidenden Ereignisse in der deutschen Geschichte die Revolution von 1848. Im Gegensatz zu den großdeutschen Forderungen der Weimarer Republik standen bei ihm jedoch nach 1945 der Gedanke an die nationale Einheit sowie der demokratiegeschichtliche Aspekt im Zentrum, da es sich um die erste politische Willensgestaltung der Deutschen handelte.⁸¹ Auch stellte er die Revolution von 1848 welthistorisch in die Geschichte der Entwicklung der Menschenrechte, als diese durch die Vereinten Nationen deklariert wurden.⁸² Ein weiteres Anliegen von Heuss war es, eine Erinnerung an die erste, wenn auch gescheiterte deutsche Demokratie zu pflegen. Er wollte dabei demokratische Traditionen in der deutschen Geschichte belegen, verbunden mit dem Ziel, ein erneutes Zerbrechen der Republik zu verhindern. Der 25. Todestag von Friedrich Ebert war ihm ein willkommener Anlass, »dieses Mannes zu gedenken und mit dem Gedenken einen Beitrag zu liefern für die Bildung einer bewußten demokratischen Staatstradition«.⁸³ Dabei war es ihm auch immer ein

Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Die Bundesversammlungen 1949–1999. Eine Dokumentation aus Anlass der Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 2004, Berlin 2004, S. 99.

- 81 Theodor Heuss: »Blick auf 1848«, in: *Der Spiegel* vom 11. März 1948. – Vgl. auch ders.: »Zu diesem Jahre«, in: *Rhein-Neckar-Zeitung* vom 1. Januar 1948; ders.: »Die deutsche Erhebung von 1848«, in: *Schwäbisches Tagblatt* vom 27. Februar 1948; ders.: »Nachhall von 1848«, in: *Die Schule. Monatsschrift für geistige Ordnung* vom März/April 1948, S. 90–95.
- 82 Vgl. »Wegweiser für Staatsführer und Gesetzgeber. Der Sinn der Deklaration der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen. Auftrag und Maß für die Stellung des Menschen in der Gemeinschaft«. Rede von Theodor Heuss im Bundeshaus am 10. Dezember 1958, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 13. Dezember 1958.
- 83 Brief von Theodor Heuss an Kurt Schumacher vom 22. November 1949, abgedr. in: Theodor Heuss. Der Bundespräsident. Briefe 1949–1954. Hrsg. u. bearb. von Ernst

Bestreben, die kulturellen Leistungen der Deutschen als Erbe für die gesamte Menschheit zu deklarieren, wie etwa die deutschen Volkslieder sowie die Lebenswerke von Persönlichkeiten wie Justus Liebig oder Friedrich List, der ihm seit der Kaiserzeit als Symbol für Reformbereitschaft galt.⁸⁴ Es war für ihn bedauerndswert, dass der Verfassungstag der Weimarer Republik sich nicht zu einem Nationalfeiertag im Bewusstsein der Deutschen entwickeln konnte.⁸⁵ Daher war er intensiv darum bemüht, eine Erinnerungskultur an die noch junge Geschichte der Bundesrepublik zu etablieren. So gedachte er dem Jahrestag der ersten freien Wahl zum Deutschen Bundestag als »erstes legitimes Organ des« neuen Staates.⁸⁶ Auch war er bestrebt, erinnerungskulturell ein anderes Verhältnis zu Frankreich aufzubauen. Die Verständigung mit dem westlichen Nachbarn war ihm eine Grundlage für die europäische Integration. Geschichtspolitisch versuchte der Bundespräsident dies unter anderem damit umzusetzen, die Erinnerung etwa an den Ersten

W. Becker (= Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe, Briefe, Bd. 5), München 2012, S. 118. – Vgl. auch Theodor Heuss: Friedrich Ebert zum Gedächtnis. Rede in Bonn am 28. Februar 1950, Bonn 1950.

84 Rede von Theodor Heuss auf dem 14. Sängerbundfest in Stuttgart am 5. August 1956, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 14. August 1956. – »Zum 150. Geburtstag des großen deutschen Chemikers Justus von Liebig«. Rede von Theodor Heuss in Darmstadt am 12. Mai 1953, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 19. Mai 1953. – Rede von Theodor Heuss vor dem »Institut für Auslandsbeziehungen« in Stuttgart am 11. Dezember 1951, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 11. Dezember 1951.

85 Vgl. Theodor Heuss: »Ein National-Feiertag, der keiner wurde«, in: *Die Neue Zeitung* vom 11. August 1949.

86 Theodor Heuss: Zum 7. September, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 6. September 1952.

Weltkrieg durch ein gemeinsames Gedenken an die Gefallenen beider Nationen in den »Europäischen Bruderkriegen« zu etablieren.⁸⁷

Die Komplexität der Revision des Geschichtsbildes wurde nach Heuss dadurch verstärkt, dass die Deutschen ein solches als Einheit nie besessen hatten. Waren die unterschiedlichen Bilder zuvor den diversen deutschen Fürstenhäusern geschuldet, lag ihre Ursache nun in einer für ihn fragwürdigen »reeducation«, die je nach Besatzungsmacht variierte. Die »Substanz eines gemeinsamen Geschichtsbewusstseins« sollte sich, wie er hoffte, durch sich abzeichnende dauerhafte Teilung nicht aufbrauchen lassen.⁸⁸ Im Kontext der geschichtlichen Aufarbeitung ging er auf Konfrontation mit der Politik der Besatzungsmächte, die den deutschen Historikern den Zugang zu entscheidenden Dokumenten nicht nur zur Geschichte des Nationalsozialismus verweigerten: »Die wenigsten machen sich darüber wohl eine Vorstellung, was es heißt, daß die militärisch siegreichen Mächte auch die ganze neuere deutsche Geschichte, soweit sie ihnen greifbar war, sozusagen als Kriegsbeute an sich gezogen haben.«⁸⁹ Die Jahre der Diktatur mussten und konnten für Heuss nur von Deutschen aufgearbeitet werden, da ausschließlich diese in der Lage seien, die spezifische Situation ihres eigenen Landes zu erfassen. Dabei erachtete er es schon 1945 für selbst-

87 »Deutschland – Frankreich – Europa«. Ansprache von Theodor Heuss bei den deutsch-französischen Begegnungen am 14. Oktober 1955 in Bad Neuenahr, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 20. Oktober 1955; »Sinn einer deutsch-französischen Verständigung. Zum zehnjährigen Bestehen des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg«. Rede von Theodor Heuss auf Schloss Ludwigsburg am 10. Oktober 1958, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 17. Oktober 1958.

88 Ansprache von Theodor Heuss zum 1. Mai 1950, abgedr. in: Hans H. Welchert (Hrsg.): Theodor-Heuss-Lesebuch, Tübingen 1975, S. 341.

89 Theodor Heuss: »Wer schreibt unsere Geschichte?«, in: *Das neue Vaterland* vom 23. März 1949.

verständlich, dass das Gedächtnis an die Zeit des Nationalsozialismus und damit verbunden jenes an die Verbrechen in die deutsche Erinnerungskultur integriert werden musste, auch wenn er sich bewusst war, dass dies bei seinen Landsleuten auf Widerstand stoßen würde.⁹⁰

Heuss ist somit ein Beispiel, dass eine häufig in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft vorkommende generelle und ohne Belege angeführte Verallgemeinerung, es habe eine vollständige Verdrängung der nationalsozialistischen Verbrechen in der Nachkriegszeit stattgefunden, nicht zutrifft. Auch als Bundespräsident bemerkte er: »Diesen Hitler können wir nun nicht aus dem deutschen Bewußtsein hinauskomplimentieren, wir dürfen es nicht einmal wollen. Denn sein Gedächtnis bleibt für die Deutschen das Warnsignal für die Grenzüberschreitung, die das Amoralische, das Unmoralische im öffentlichen Wesen rechtens etabliert.«⁹¹ Der 8. Mai 1945 war für ihn nicht nur eine Kapitulation und ein Zusammenbruch, sondern eine Befreiung.⁹² Auch bekannte er sich zum »geschichtlichen Recht« der Attentäter vom 20. Juli 1944, zu denken und zu handeln gegen den »Staat der mörderischen Bosheit«, wengleich er die Widerstandsgruppe nutzte, um die Schuld der Deutschen insgesamt abzumildern: »Die Scham, in die Hitler uns Deutsche gezwungen hatte, wurde durch ihr Blut vom besudelten deutschen Namen wieder weggewischt.«⁹³ Eine Kollektivschuld der Deutschen lehnte er grundsätzlich ab, da für ihn nicht das »deutsche Wesen«,

90 Ders.: In Memoriam. Ansprache im Landestheater Stuttgart am 25. November 1945, Stuttgart 1945.

91 Ders.: »Deutscher Geist und deutsche Geschichte«, in: *Merkur. Zeitschrift für europäisches Denken* 11 (1957), H. 6, S. 505–519, hier S. 511.

92 Vgl. ders.: »Vor vier Jahren«, in: *Das neue Vaterland* vom 21. Mai 1949.

93 Ders.: Dank und Bekenntnis. Gedenkrede zum 20. Juli 1944, Tübingen 1954, S. 3 u. 15.

sondern die »geschichtliche Situation« den Nationalsozialismus hervorgebracht hatte. Dies enthebe die Deutschen jedoch nicht der Verantwortung hinsichtlich der Verbrechen, die in ihrem Namen begangen worden seien.⁹⁴ So hielt er im Dezember 1952 eine Rede am Mahnmahl des Konzentrationslagers Bergen-Belsen, wo er festhielt: »Diese Scham nimmt uns niemand ab!« Er war sich dabei bewusst, dass dies dauerhaft so bleiben würde. Der Bundespräsident erklärte daher, die Opfer »werden nie, sie können nie vergessen, was ihnen angetan wurde«, und die »Deutschen dürfen nie vergessen, was von Menschen ihrer Volkszugehörigkeit in diesen schamreichen Jahren geschah.«⁹⁵

Dabei darf nicht übersehen werden, dass Heuss für das Praktizieren der Erinnerung an den Nationalsozialismus bei Deutschen und Österreichern teilweise auf Widerstand stieß. So wurde ihm bezüglich seiner Rede zum 20. Juli in einer Zuschrift aus Wien entgegnet, dass Hitler der größte Deutsche gewesen sei. Der Bundespräsident antwortete darauf mit der Frage, ob »ein Volk in das Unglück zu bringen Größe« sei, und verwahrte sich gegen eine derartige Geschichtsauffassung. Auch rechnete Heuss damit, dass seine Kranzniederlegung an der Gedenkstätte für die Getöteten in den Ardeatinischen Höhlen »keineswegs den Beifall aller Deutschen finden würde«. Doch blieb er bei seinem Entschluss, an dieses Ereignis als das »grausamste Verfahren« zu erinnern.⁹⁶

94 Ders.: »Deutscher Geist und deutsche Geschichte« (wie Anm. 91), S. 511.

95 »Diese Scham nimmt uns niemand ab!«. Der Bundespräsident sprach bei der Weihe des Mahnmals in Bergen-Belsen. Rede im November 1952, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 2. Dezember 1952.

96 Brief von Theodor Heuss an A. Hirtenfelder vom 3. August 1954, abgedr. in: Theodor Heuss. Der Bundespräsident. Briefe 1954–1959. Hrsg. von Ernst W. Becker (= Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe. Briefe, Bd. 6), München 2013, S. 576; Brief von Theodor Heuss an Erich Windelband vom 2. Dezember 1957, abgedr. in: ebd., S. 400.



Gedenkstunde für die Opfer des Widerstandes vom 20. Juli 1944 in Berlin, 1954. Bundespräsident Theodor Heuss (links) und Bundeskanzler Konrad Adenauer nach der Kranzniederlegung in der Gedenkstätte Plötzensee.

Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands war für Heuss eines der obersten politischen Ziele. Das Heilige Römische Reich deutscher Nation oder auch der Westfälische Frieden von 1648 galten ihm als Beispiele von staatlicher Zerrissenheit und Verfall.⁹⁷ Hingegen hielt er vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden längerfristigen deutschen Teilung zahlreiche historische Beispiele für Einheitsbeschwörungen geeignet. So stilisierte er 1946 in Tübingen das sogenannte »Augusterlebnis« am Beginn des Ersten Weltkriegs zur wichtigen verbindenden Erinnerung im in Besatzungszonen aufgeteilten Deutschland: »Diesen Geschichtsvorgang von 1914 wollen heute, vielleicht aus Vorsicht, vielleicht aus Torheit, viele Menschen nicht

97 Brief von Theodor Heuss an Ernst C. Desch vom 27. Juli 1949, in: Theodor Heuss. Erzieher zur Demokratie (wie Anm. 8), S. 520 f.

mehr recht wahrhaben, daß der Beginn des Krieges, August 1914, in der Gefühlsmächtigkeit eines nationalen Einheitsbewußtseins eine große Bedeutung dargestellt hat. Dieses tiefgreifende Gefühl soll ruhig im Bewußtsein des Volkes bleiben, man darf es heute nicht bagatellisieren wollen.«⁹⁸ Es erscheint von daher fast naheliegend, dass er den Reichsfreiherrn vom und zum Stein bei einer Denkmaleinweihung in Nassau 1951 nicht als »historische Reminiszenz«, sondern als Mitbegründer der Demokratie in Deutschland und somit »von der aktuellsten Gegenwartigkeit« charakterisierte.⁹⁹ Auch an Friedrich List erinnerte er als denjenigen, der das »große einheitliche Wirtschaftsgebiet forderte«.¹⁰⁰ Noch bemerkenswerter ist seine Rede vier Jahre später aus Anlass des 1000. Jahrestages der Schlacht Ottos des Großen auf dem Lechfeld bei Augsburg. Als das wichtigste Symbol des Erfolges begriff er das gemeinsame Kämpfen von Sachsen, Franken, Bayern und Schwaben, wodurch der Sieg »die erste gesamtdeutsche Leistung« geworden sei.¹⁰¹ Er bedauerte es dabei, dass es bis zur Abwehr der Türken vor Wien 1683 rund 700 Jahre dauerte, bis eine solche Leistung wiederholt wurde. Heuss sah darüber hinaus eine Kontinuität der Problematik im Verhältnis zu Russland beziehungsweise der Sowjetunion. Zar Nikolaus I. war für ihn

98 Heuss: Die deutsche Nationalidee im Wandel der Geschichte (wie Anm. 72), S. 29.

99 »Freiherr vom Stein«. Rede von Theodor Heuss anlässlich einer Denkmaleinweihung bei Nassau am 12. Februar 1951, in: Theodor Heuss. Würdigungen. Reden, Aufsätze und Briefe aus den Jahren 1949-1955. Hrsg. von Hans Bott, Tübingen 1955, S. 129.

100 »Wachheit für das Werdende«. Feierstunde zur Neubegründung der Friedrich-List-Gesellschaft. Rede von Theodor Heuss am 30. Juni 1955 in Reutlingen, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 23. Juli 1955.

101 »Augsburg in der deutschen Geschichte«. Ansprache von Theodor Heuss bei der Jahrtausendfeier der Lechfeld-Schlacht am 14. August 1955, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 20. August 1955.



Einweihung des neuen Denkmals für den Freiherrn vom und zum Stein in Nassau, 28. Juni 1953. Theodor Heuss im Gespräch mit dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz Peter Altmeier.

wegen des Eingreifens in der Revolution 1849 der Retter der autoritären Staatlichkeit, die »Ideologen haben nun neue Kostüme angezogen«.¹⁰² Als große Leistung des deutschen Turnerwesens wertete er die Tradition, immer »Deutschland im Geist als Einheit« begriffen zu haben.¹⁰³

Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit vollzog Heuss in einem Vorwort für eine Neuauflage der *Gedanken und Erinnerungen* von Bismarck – jener Person also, deren poli-

102 Theodor Heuss: »Das Erbe von 1848«, in: DD. Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft »Demokratisches Deutschland« vom 2. März 1948.

103 »Deutschland im Geist als Einheit. Das Thurnwesen eine gemeinschaftsbildende Kraft.« Rede von Theodor Heuss auf dem Deutschen Turnfest in Hamburg am 9. August 1953, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 13. August 1953.

tische Legende er so lange als Gefahr für die deutsche Zukunft erachtet hatte. Hierin erklärte er, dass die Memoiren des Staatsmannes heute der deutschen Jugend nur mehr Einblicke in eine vergangene Epoche gewährten. Die von Bismarck postulierte Absicht »zur Lehre für die Zukunft« wirkte für ihn aus der Perspektive des Jahres 1951 eher irritierend. Die meisten Voraussetzungen, die in dem Buch als feste Gegebenheit betrachtet wurden, waren mittlerweile »gestorben oder vernichtete Vergangenheit«. ¹⁰⁴ Heuss resümiert daher: »Die Enkel haben, wenn nicht verziehen, so doch vergessen, was der Kanzler ihren Großvätern durch den Kulturkampf oder durch das Sozialistengesetz angetan hat [...]«. ¹⁰⁵ Somit konnte Heuss als Bundespräsident das feststellen, was er sich schon vor 1914 erhofft hatte: Die Bismarcksche Epoche war endlich zu Vergangenheit geworden und nicht mehr als Gegenwart Belastung für Deutschlands Zukunft.

Grundlegend stand somit für Heuss nach dem Zweiten Weltkrieg fest, dass eine Neubewertung der Geschichte erfolgen werde und dies auch erforderlich sei. Diese dürfe aber nicht zu einer Anklage der deutschen Geschichte führen. Stattdessen müsse die jüngste Vergangenheit durch die Deutschen selbst aufgearbeitet werden. Hierfür war er bemüht, eine Erinnerungskultur an die Verbrechen und den Widerstand im Nationalsozialismus zu etablieren. Gleiches galt für die Verortung demokratischer Traditionen in der deutschen Geschichte sowie für die Schaffung eines Bewusstseins für das Erreichte in der jungen Bundesrepublik. Die eigene Instrumentalisierung von Geschichte erfolgte bei Heuss stets mit der zentralen Intention, bei den Deutschen das Bewusstsein an eine gemeinsame Nation zu wahren.

104 Theodor Heuss: Das Bismarck-Bild im Wandel. Ein Versuch, Bonn 1951, S. 3.

105 Ebd., S. 6.

Fazit

Theodor Heuss sah in dem Umstand, dass historische Persönlichkeiten in einem für ihn irrationalen Maß verklärt wurden, um politische Kritik, Macht oder Machtanspruch zu untermauern, seit dem Kaiserreich die Gefahr einer politischen Destabilisierung. Verweise auf historische Ereignisse in der Vergangenheit durften für ihn weder die Konservierung noch den Umsturz eines politischen Systems legitimieren. Aus Vergangenheit konnte man für ihn nur eine Erkenntnis über das Vergangene gewinnen und keine Handlungsanweisung für die Zukunft ableiten. Mit dieser Position wendete er sich stets sowohl gegen Heldenverehrer als auch Ankläger, indem er deren populistische historische Argumente mit historischer Wissenschaft zu widerlegen versuchte. Zwar war er sich dessen bewusst, dass eine rein objektive historische Darstellung nicht umgesetzt werden konnte, da jedes Geschichtswerk auch in erster Linie über die Intention des Autors informierte. Deswegen durfte aber die Geschichtswissenschaft nicht zum politischen Herrschaftsinstrument intendiert werden.

Man kann jedoch nicht übersehen, dass Heuss selbst seiner geforderten Herangehensweise an Geschichte nicht immer entsprach. Er betonte zwar wiederholt im Bezug auf die vorherrschenden Geschichtserzählungen, dass er diese Konstrukte ablehne, zugleich verwendete er selbst ähnliche Techniken und Denkfiguren zu seinen Zwecken. Sein Hauptaugenmerk galt dabei dem Versuch, eine lange demokratische Tradition in Deutschland mit 1848 als Angelpunkt zu zeichnen. Es lag bei dem Liberalen also ebenfalls eine Absicht der Instrumentalisierung von Geschichte vor. Seine Intention war es, das durch unterschiedliche Vergangenheitsbilder verursachte Konfliktpotenzial zwischen den gesellschaftlichen Schichten zu minimieren. Geschichte sollte bei ihm aber für die Deutschen einen integrativen Charakter besitzen. Natio-

nale Mythen waren für ihn dann sinnvoll, wenn sie ein gemeinsames Bewusstsein in der Bevölkerung förderten. Dabei war er sich darüber im Klaren, dass solch eine einigende Funktion kaum eine einzelne Persönlichkeit der deutschen Geschichte zu erfüllen vermochte, sondern ein Bewusstsein im Volk nur durch ein die gesamte Bevölkerung erfassendes historisches Ereignis entstehen konnte. Wenn er auch die Etablierung einer deutschen Erinnerungskultur an die Revolutionen der Jahre 1848 und 1849 in den spezifischen Situationen nach den beiden Weltkriegen für günstig hielt, scheiterte er in beiden Fällen mit diesem Anliegen. Doch konnte er zumindest nach der Entstehung und gesellschaftlichen sowie politischen Festigung der Bundesrepublik erkennen, dass die bisherigen konfliktgeladenen Epochen der deutschen Geschichte nun wirklich Vergangenheit geworden waren und die Zukunft nicht mehr belasten konnten.

Neben diesem Einschnitt im kollektiven historischen Bewusstsein zumindest in Westdeutschland, verbunden mit der Distanz zu jeglichem neuerlichen Großmachtstreben, war es Heuss ein Anliegen, dass auch die jüngste Vergangenheit als Aufgabe von den Deutschen selbst aufgearbeitet werden konnte und musste. Dies beinhaltete für ihn als Selbstverständlichkeit die Integration der Ereignisse der Jahre 1933 bis 1945 in die politische Erinnerungskultur der Bundesrepublik und damit ins kollektive Gedächtnis der Deutschen. Die hier einende Funktion dieser Geschichtspolitik war die gemeinsame Mahnung, dies nie wieder zuzulassen. Wenn der Bundespräsident – entgegen seinen eigenen Prinzipien – sich mittelalterlicher und frühneuzeitlicher Schlachten oder preußischer Politiker als Symbole von deutscher Einigkeit in seinen Reden bemächtigte, geschah dies nicht als Wegweiser, wie die nationale Einheit wieder gewonnen werden sollte. Die von ihm angeführten Beispiele verdeutlichen lediglich, welche Relevanz das Bewusstsein der gemeinsamen Nation und damit das Ziel der staatlichen



Rede von
Theodor Heuss
während der
Einweihung des
Mahnmals der
deutschen Einheit
am Deutschen
Eck in Koblenz,
18. Mai 1953.

Wiedervereinigung in der Vorstellung von Heuss besaß. Es existieren hingegen kaum Hinweise, ob und wenn in welcher Form in der Bevölkerung die Stellungnahmen von Heuss zur deutschen Geschichte wahrgenommen wurden. Gleichwohl wird man dem Urteil des Publizisten Erich Stückrath zustimmen können, der 1952 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* auf das von Heuss verfasste Vorwort zur Neuauflage der *Gedanken und Erinnerungen* einging. Vor dem Hintergrund der Instrumentalisierung der Vergangenheit durch den Nationalsozialismus und der »Sehnsucht« der Deutschen nach Geschichte kommentierte er: »Werden wir Ueberlieferung und Erinnerung behalten? Werden wir wieder eine Geschichte haben? Heuss hat ein leises Ja gesagt.«¹⁰⁶

106 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. August 1952.

Weiterführende Literatur

- Aleida Assmann: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, 2. Aufl., München 2014.
- Ulrich Baumgärtner: Reden nach Hitler. Theodor Heuss – Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (= Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Bd. 4), Stuttgart 2001.
- Ernst W. Becker: Theodor Heuss. Bürger im Zeitalter der Extreme (= Mensch – Zeit – Geschichte), Stuttgart 2011.
- Reiner Burger: Theodor Heuss als Journalist. Beobachter und Interpret von vier Epochen deutscher Geschichte (= Kommunikationsgeschichte, Bd. 7), Münster u. a. 1999.
- Michael Doering: Das sperrige Erbe. Die Revolutionen von 1848/49 im Spiegel deutscher Schulgeschichtsbücher (1890–1945) (= Internationale Hochschulschriften, Bd. 518), Münster u. a. 2008.
- Barbro Eberan: Luther? Friedrich der Große? Wagner? Nietzsche? ...? ...? Wer war an Hitler schuld? Die Debatte um die Schuldfrage 1945–1949, München 1983.
- Theodor Eschenburg: Theodor Heuss als politischer Schriftsteller. Rede zur Verleihung der Heinrich-Heine-Medaille (3.6.1960), in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken 14 (1960), S. 868–876.
- Robert Gerwarth: Der Bismarck-Mythos. Die Deutschen und der Eisene Kanzler, München 2007.
- Wolfgang Hartwig: Von Preußens Aufgabe in Deutschland zu Deutschlands Aufgabe in der Welt. Liberalismus und borussianisches Geschichtsbild zwischen Revolution und Imperialismus, in: Historische Zeitschrift 231 (1980), S. 265–324.

- Ders. (Hrsg.): Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939 (= Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Sonderheft 21), Göttingen 2005.
- Jürgen C. Heß: »Machtlos inmitten des Mächtspiels der anderen ...« Theodor Heuss und die deutsche Frage 1945–1949. Karl Dietrich Erdmann zum 75. Geburtstag, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 33 (1985), S. 88–135.
- Ders.: Theodor Heuss vor 1933. Ein Beitrag zu Geschichte des demokratischen Denkens in Deutschland (= Kieler Historische Studien, Bd. 20), Stuttgart 1973.
- Tobias Hirschmüller: Geschichte gegen Demokratie. Bedeutung und Funktion von Friedrich dem Großen und Otto von Bismarck in den politischen Reden Hitlers zur Zeit der Weimarer Republik, in: Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft 18 (2010), S. 189–216.
- Ders.: »Wegbereiter und Mahner zur Einheit Deutschlands«? Der »Eiserne Kanzler« und die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik, in: Markus Raasch (Hrsg.): Die deutsche Gesellschaft und der konservative Heroe. Der Bismarckmythos im Wandel der Zeit (= Berichte aus der Geschichtswissenschaft), Aachen 2010, S. 221–257.
- Ders.: Nicht die »volkstümlich vereinfachte Rolandsfigur«. Die Bismarckidee bei Theodor Heuss, in: Markus Raasch/Tobias Hirschmüller (Hrsg.): Von Freiheit, Solidarität und Subsidiarität. Staat und Gesellschaft der Moderne in Theorie und Praxis. Festschrift für Karsten Ruppert zum 65. Geburtstag (= Beiträge zur politischen Wissenschaft, Bd. 175), Berlin 2013, S. 449–498.
- Claudia Klemm: Erinnert – umstritten – gefeiert. Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Gedenkkultur (= Formen der Erinnerung, Bd. 30), Göttingen 2007.
- Peter Merseburger: Theodor Heuss. Der Bürger als Präsident. Biographie, München 2012.

- Joachim Radkau: Theodor Heuss, München 2013.
- Matthias Rensing: Geschichte und Politik in den Reden der deutschen Bundespräsidenten 1949–1984 (= Internationale Hochschulschriften, Bd. 186), Münster u. a. 1996.
- Fritz Schellack: Nationalfeiertage in Deutschland von 1871–1945 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 415), Frankfurt am Main u. a. 1990.
- Klaus Schreiner: Wann kommt der Retter Deutschlands? Formen und Funktionen vom politischen Messianismus in der Weimarer Republik, in Saeculum. Jahrbuch für Universalgeschichte 49 (1998), S. 107–160.
- Martin Vogt: Theodor Heuss und die politische Erfahrung des Hambacher Festes, in: Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft 1 (1986), S. 191–202.
- Wolfgang Wiedner: Theodor Heuss. Das Demokratie- und Staatsverständnis im Zeitablauf. Betrachtungen der Jahre 1902 bis 1963 (= Schriftenreihe zur Geschichte und Politischen Bildung, Bd. 13), Ratingen u. a. 1973.
- Heinrich A. Winkler (Hrsg.): Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland, Göttingen 2004.
- Ingeborg M. Winter: Theodor Heuss. Ein Porträt, Tübingen 1983.
- Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999.

Abbildungsnachweis

bpk images S. 11: Nr. 30023898; S. 18: Nr. 50131727 (Willy Römer); S. 21: Nr. 00023091 (Dietmar Katz).

Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 S. 9: Nr. II4772 (Waldemar Titzenthaler); S. 26: Nr. II11353; S. 45: Nr. 0034563 (Gert Schütz).

Landesarchiv Berlin, F Rep. 290-06-01 S. 31: Nr. 34.

ullstein bild S. 12: Nr. 00174670; S. 38: Nr. 00041617 (dpa); S. 47: Nr. 00091181 (dpa); S. 51: Nr. 00236552 (dpa).

Umschlagseite vorn Theodor Heuss, um 1953. bpk images (Nr. 10005964).

Umschlagseite hinten links Sitzung der Deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche. Lithografie nach einer Zeichnung von Fritz Bamberger, 1848. bpk images (Nr. 00023091, Dietmar Katz).

Umschlagseite hinten rechts Aufmarsch der Reichswehr am »Tag von Potsdam«, 21. März 1933. Landesarchiv Berlin, F Rep. 290-06-01, Nr. 34.

Der Autor

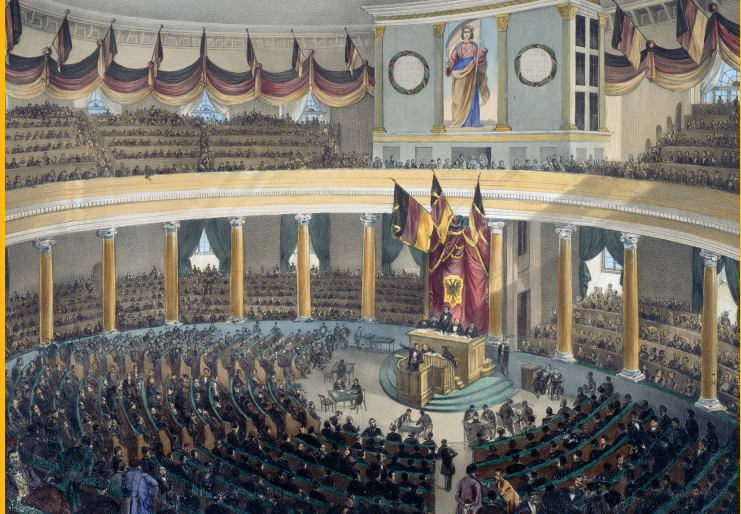
Tobias Hirschmüller, Dipl. Soz.-Päd. und M.A., geboren 1981, Studium der Neueren und Neuesten Geschichte, Antike und Politikwissenschaft. Seit 2011 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am DFG-Projekt »Edition der Akten der Provisorischen Zentralgewalt von 1848/49« an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Veröffentlichungen zur Revolution von 1848/49, zur Geschichte des Ersten Weltkriegs in der Region, zu Theodor Heuss, zur Geschichtskultur des Nationalsozialismus sowie zur Entwicklung der westdeutschen Erinnerungskultur nach 1945.

STIFTUNG
ERNST-REUTER-ARCHIV

Die Stiftung Ernst-Reuter-Archiv wurde am 26. März 2010 gegründet. Sie ist dem Gedenken an den ersten Regierenden Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter (1889–1953), gewidmet. Wie kaum eine andere Persönlichkeit hat er nach dem Zweiten Weltkrieg die Geschichte Berlins und Deutschlands geprägt. Seine Rolle als wichtigste Stimme für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung während der sowjetischen Blockade 1948/49 ist legendär. Bis zu seinem Tod im September 1953 setzte sich Ernst Reuter mit allen Kräften dafür ein, dass die Belange West-Berlins und der Menschen auf der östlichen Seite des »Eisernen Vorhangs« im politischen Geschehen der Bundesrepublik Deutschland gebührend berücksichtigt wurden.

Zugleich weist die Arbeit der Stiftung über die historische Person von Ernst Reuter hinaus. Sie richtet sich auf die wissenschaftliche Erforschung der Zeitgeschichte. Modernen Fragestellungen und interdisziplinären Ansätzen aufgeschlossen, sucht die Stiftung Ernst-Reuter-Archiv nach neuen Perspektiven auf die Geschichte Berlins und Deutschlands im 20. Jahrhundert.

Mehr Informationen unter www.ernst-reuter.org



Im Jahr 1952 fragte der Publizist Erich Stückrath in der FAZ mit Blick auf die Instrumentalisierung von deutscher Geschichte durch die Nationalsozialisten: »Werden wir Überlieferung und Erinnerung behalten? Werden wir wieder eine Geschichte haben?« Stückrath fügte hinzu: »Heuss hat ein leises Ja gesagt.«

Das sechste Ernst-Reuter-Heft beschäftigt sich mit den Beobachtungen des Journalisten und Politikers Theodor Heuss zum Umgang der Deutschen mit »ihrer« Vergangenheit. Tatsächlich war es der erste Bundespräsident, der der Erinnerungskultur in der frühen Bundesrepublik wesentliche Impulse verlieh. Seit dem Kaiserreich kritisierte Heuss immer wieder, wie sehr Geschichte von unterschiedlichen Kreisen ausgenutzt wurde, um politische Ziele zu legitimieren. Mit großer Beunruhigung musste er feststellen, dass das deutsche Volk gegen seine Vergangenheit stand. Umso mehr war es nach dem Zweiten Weltkrieg dem Bundespräsidenten ein Anliegen, die Deutschen mit ihrer Geschichte in Einklang zu bringen.

ISSN 2194-5810
ISBN 978-3-95410-048-4



€ 5,- |D|

STIFTUNG

ERNST-REUTER-ARCHIV

www.bebra-wissenschaft.de